Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Mgdbg.-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49. Redaktion: Breiteweg 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.40 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7770

Nr. 270. **Magdeburg, Freitag, den 17. November 1899.** **10. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der Postzeitungstarif.

Der **Reichstag** begann am Mittwoch bei sehr schwach besetztem Hause — namentlich die Bänke der Nationalliberalen und des Centrums wiesen klaffende Lücken auf — die zweite Beratung der Novelle zum Postgesetz.

Es handelt sich bei dem Teil der Materie, der heute zur Beratung stand, um eine Umgestaltung des bisher gültigen **Zeitungstarifs.** Zu den Beschlüssen der Kommission waren zahlreiche Abänderungsanträge eingelaufen. Daß der Verlauf der Beratung irgendwie anregende Momente bot, wird man nicht behaupten wollen; dem trat schon der technisch detaillierte Charakter des Stoffes hindernd in den Weg, der zu Aufregungen wenig Gelegenheit bot; auch herrschte keineswegs eine kampflustige Stimmung im Hause.

Immerhin verstand unser Fraktionsredner, Abg. Dietz-Hamburg, dem spröden Material Interesse zu entlocken. In seiner Rede wies er namentlich auf den korrumpierenden Einfluß jener sogenannten „parteilosen" oder „unparteiischen" Presse, der Blätter von dem Schlage der General-Anzeiger hin, welche durch die Unmasse ihrer Inserate — die sie gerade durch ihre entnervende Farblosigkeit sich erkaufen — eine Bedeutung gewinnen, die ihnen ihrem inneren Werte nach wahrhaftig nicht zukommt. Daß diese Blätter fürderhin schärfer getroffen werden, als es bisher der Fall gewesen ist, darf unbedingt als großer Fortschritt begrüßt werden.

Centrum und Konservative fühlten sich bewogen, zur Abwechslung einmal wieder als Hüter der Mittelstandsinteressen aufzutreten. Abg. Dasbach hat in den Verlegern der kleinen Zeitungen ein wertvolles Element des Mittelstandes entdeckt, denen er durch die Einführung des Zonentarifes unter die Arme greifen wollte. Der Vorschlag wurde sowohl von Herrn von Podbielski, als auch von dem sozialdemokratischen Redner als unannehmbar bezeichnet. In des konservativen Dr. Oertel Brust bekämpfen sich wieder einmal zwei Seelen, die mittelständische und die gouvernementale sozusagen: Durch einige nicht ganz schlechte Witze suchte er sich über die Verlegenheit hinwegzuhelfen. — Schließlich wurden alle Abänderungsanträge — leider auch der recht verständige des freisinnigen Abg. Dr. Pachnicke, den Verlegern die Selbstverpackung zu vergüten — mit meist recht beträchtlichen Majoritäten abgelehnt: nur ein einziger machte eine Ausnahme, nämlich der sozialdemokratische auf Herabsetzung der Zeitungsgebühr von 3 auf 2 Pfennige, der gegen die Stimmen der Mehrzahl der Konservativen angenommen wurde.

Morgen soll mit der Beratung fortgefahren werden. Voraussichtlich wird die Frage der Entschädigung der Privatgesellschaften zu einigermaßen angeregten Debatten Anlaß geben. —

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Deutscher Reichstag.

101. Sitzung. Mittwoch, den 15. November, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der

Postvorlage.

Artikel 1 erhöht unter Ziffer 1 das Briefgewicht einfacher Briefe von 15 auf 20 Gramm, ermächtigt unter Ziffer 2 den Reichskanzler, die Ortstaxe auf den Nachbarortsverkehr auszudehnen und regelt 3. die Zeitungsgebühr anderweitig.

Zu Punkt 3

Zeitungsgebühr

beantragt die Kommission: a) drei Pfennige pro Monat. b) 15 Pf. jährlich bei wöchentlich einmaligem oder bei noch seltenerem Erscheinen und ebensoviel für jede weitere Ausgabe in der Woche, endlich c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts, jedoch unter Gewährung eines Freigewichts von je 1 Kilogramm jährlich für soviel Ausgaben, wie der Gebühr zu b unterliegen.

Zu diesen Kommissionsbeschlüssen liegen zahlreiche Anträge vor.

Abg. **Marcour** (Centr.): Die kleine Provinzpresse läuft Gefahr, von der großstädtischen Presse unterdrückt zu werden. Diese Gefahr wird durch die Kommissionsbeschlüsse nicht beseitigt, sondern nur durch folgenden von allen Abgeordneten des Centrums unterstützten Antrag, der die Zeitungsgebühr wie folgt regelt: a) statt 3 nur 2 Pfennig für jeden Monat der Bezugszeit; b) für jedes wöchentliche Erscheinen jährlich 12 Pfennig in der ersten und 18 Pfennig in der zweiten Zone; c) für jedes Kilo Jahresgewicht in der ersten Zone 8 Pfennig, in der zweiten Zone 12 Pfennig. Die erste Zone soll 75 Kilometer Umfang vom Erscheinungsort umfassen; auch soll Freigewicht, so wie die Kommission beantrage, gewährt werden.

Staatssekretär **von Podbielski:** Die jetzige Zeitungsgebühr deckt schon seit Jahren die Kosten der Zeitungsbeförderung nicht. Der Antrag Marcour mit seinen 2 statt 3 Pfennigen würde der Post eine zu starke Einbuße bringen. Der Zonentarif bedeutet zweifellos einen Rückschritt; er liefe wieder auf auf die Einführung des expressen Boten hinaus, den der Reichstag in der ersten Lesung und auch in der Kommission einmütig verworfen habe. Redner bittet, über die Kommissionsbeschlüsse nicht hinauszugehen; mehr könne die Postverwaltung nicht acceptieren. Die Beschlüsse der Kommission sind durchaus eine Begünstigung der kleinen Provinzpresse.

Abg. **Horn**-Goslar (natl.) beantragt, die Zeitungsgebühr wie folgt zu bemessen: a) 12½ Prozent vom Abonnementspreise, b) je 12 Pf. jährlich für jede Ausgabe in der Woche, c) nur 5 Pf. jährlich pro Kilo Jahresgewicht.

Direktor im Reichspostamte **Krätke:** Wenn dieser Vorschlag des Abg. Horn auch Mehreinnahmen für die Postverwaltung in Aussicht stellt, so bitte ich ihn doch abzulehnen. Denn das Beibehalten des Prozentsatzes vom Preise empfiehlt sich deshalb nicht, weil die Postverwaltung immer in Bezug auf das, was sie an Gebühren erhalte, vom Verleger abhängig sein würde, wie man auch den Prozentsatz bemesse.

Abg. **Dietz** (Soz.): Von vielen Interessenten wird ein großes Geschrei über den Zeitungstarif erhoben und dabei hat er viel zu lange auf sich warten lassen. Unsere Partei hat ja selbst wenig Interesse daran, da sie die Abonnementspreise so hoch ansetzt, daß die Kosten für Redaktion, Papier 2c. gedeckt werden. Aber wir haben doch fleißig und nicht fruchtlos in der Kommission mitgearbeitet. Die Post bekommt von Blättern mit hohem Abonnementspreis für dieselbe Leistung nicht mehr, als von Blättern mit niedrigem Abonnementspreis. Für die Annoncenblätter mit Schwergewicht und kleinem Abonnement erhält die Post nur kleine Provision, für Blätter mit wenigen Anzeigen, infolgedessen leichtem Gewicht und hohem Abonnement, hohe Provision. Das sind Dinge, die wir durch die neue Vorlage in Einklang gebracht haben. Redner ist gegen die Anträge Marcour und Horn, tritt aber Defizit ein, daß für jeden Monat der Bezugszeit die Ziffer 3 in 2 abgeändert wird, wovon die kleine Presse wesentlich profitiere. Diese hat keinen Grund zu schreien, da nur bei außerordentlich billigen Abonnementspreis eine Erhöhung der Provision eintritt. Daran ist lediglich der Verleger schuld, der Zeitungen gründet, nur um Geld zu verdienen, die unter dem Namen „Generalanzeiger" in der Welt herumlaufen, alles mit Glaceehandschuhen anfassen und in Massen bei kleinen Leuten ins Haus dringen. Ein Blick auf das Inseratenwesen zeigt die großen Uebelstände, die in ihm namentlich durch die Inseratenbureaus herrschen, die eigentlich ein parasitisches Gewerbe bilden. Die großen Inseratenblätter haben sich auf ungeahnte Weise entwickelt und die Post ist gezwungen, die dicken Inseratenblätter für dieselbe Gebühr zu befördern, wie die rein politischen Zeitungen. Ein Uebelstand ist auch das Zeitungsbestellgeld. Die Reichspost nimmt für Blätter, die monatlich einmal oder weniger erscheinen, 60 Pfg. Bestellgeld, die württembergische 30 Pfg. Die Reichspost sollte verpflichtet werden, eine positive Erklärung darüber abzugeben. Ich bitte Sie also, den Kommissionsbeschluß anzunehmen, der ein Stück ausgleichender Gerechtigkeit bildet, mit der Aenderung, daß wir statt 3 Pfg. 2 setzen und gemäß dem Antr. Eickhoff eine Vergütung von 10 Pfg. die Selbstverpackung fordern. Falls dies abgelehnt werden sollte, würde sich eine Entschädigung von 5 Pfg. empfehlen.

Abg. **Oertel**-Sachsen (kons.): Wir sind in der Kommission für die Schonung der kleinen und mittleren Presse eingetreten, können aber dem Antrag Marcour nur zustimmen, wenn der Post die Mehr-Einnahme, die sie nun einmal haben muß, garantiert bleibt. Die Folgen der von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung sind arg übertrieben worden; selbst im Falle des vom Abg. Dietz angeregten Fortfalls der Bestellgebühr kann die kleine und mittlere Presse beruhigt sein. Die Zeitungen werden sicher den Tarif zu einer Preiserhöhung benutzen. Den Anträgen der Abgg. Dasbach und Horn können wir nicht zustimmen; über den Antrag Pachnicke, für die Selbstverpackung eine Vergütung zu gewähren, haben wir uns noch nicht schlüssig gemacht, werden aber auch wohl hier die Kommissionsfassung vorziehen. Ein Reichstag, der es in dieser Frage alle Interessenten recht macht, muß erst noch geboren werden. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. **Dasbach** (Centr.) spricht sich gegen den Antrag Horn aus und vermißt in der Regierungsvorlage wie in den Kommissions-Beschlüssen das Prinzip des Schutzes des Mittelstandes. Die Hauptsache für seine politischen Freunde sei die Einführung des Zonentarifs. Am besten würde es sein, die Vorlage noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen.

Staatssekretär **v. Podbielski:** In der Kommission ist alles sorgsam erwogen worden, von Ueberhastung kann keine Rede sein. Der Zonentarif, den Abg. Dasbach präsentierte, ist ein uneinlösbarer Zukunftswechsel. Ein Einheitspreis kann im Gesetz nicht festgelegt werden. Ebensowenig kann ein Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Zeitungen gemacht werden. Herr Dasbach verlangt von der Post zu viel Verrichtungen umsonst. Ich bitte Sie daher, den Gedanken an den Zonentarif aufzugeben.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) spricht sich gegen den vorgeschlagenen Postzeitungstarif aus, der die kleine polnische Presse stark schädigen werde.

Abg. **Dr. Müller**-Sagan (Freis. Vp.) erklärt sich gegen den Zonentarif und für die Kommissionsbeschlüsse, befürwortet dagegen eine Vergütung für die Selbstverpackung.

Abg. **Graf v. Bernstorff** (Rpt.) tritt für die unveränderte Annahme der Kommissionsbeschlüsse ein und erklärt den Antrag Marcour für unannehmbar.

Abg. **Dasbach** (Centr.): Gegen den Zonentarif ist kein durchschlagender Grund angeführt worden, außer dem einen, daß er nicht genug einbringe. Das läßt sich noch in dritter Lesung durch Aenderung oder vorgeschlagene Sätze ändern. Wir können die Vorlage ruhig an die Kommission zurückverweisen. Die Verhandlung der Zuchthausvorlage wird mindestens 4—5 Tage in Anspruch nehmen. Dann können wir noch sehr gut die Postnovelle in 2. und 3. Lesung erledigen.

Staatssekretär **von Podbielski** hält den Zonentarif für durchführbar, aber für zu kostspielig und unrentabel. Außerdem wird der Anzeigenpresse, die erwiesenermaßen meist in der ersten Zone ihre Verbreitung hat, dadurch wieder das Loch geöffnet. Redner spricht entschieden gegen Rückverweisung der Vorlage an die Kommission.

Abg. **Dietz** (Soz.) beantragt in Artikel 13 III unter a) statt „3 Pfennig" „2 Pfennig" zu setzen.

Abg. **Eickhoff** (freis. Vp.) begrüßt es, daß der Antrag Dietz die Rosine aus dem Antrag Marcour herausgenommen habe. Seinen Antrag auf Vergütung für die Selbstverpackung habe er im Interesse der kleinen und mittleren Zeitungen gestellt. Der Vorschlag involviere eine Mindereinnahme von 520 000 Mark. Aber was bedeutet diese halbe Million gegenüber dem Ueberschuß von 47 Millionen, den jetzt die Reichspostverwaltung erzielt, gegenüber dem neuen Tarif, der ihr noch höhere Einnahmen liefert.

Abg. **Dr. Pachnicke** (freis. Vgg.) befürwortet die Herabsetzung der Rückvergütung für Selbstverpackung von 10 Pfennig auf 5 Pfennig für je 100 Exemplare. Er empfiehlt Rückverweisung der Vorlage an die Kommission. Dem Gedanken des Zonentarifs stehe er nicht völlig ablehnend gegenüber.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Nach Herabsetzung der Tarife ist die Gewährung einer Entschädigung für die Selbstverpackung nicht mehr möglich. Der Antrag Dietz würde einen Einnahme-Ausfall von einer halben Million bedeuten. Ich bitte beide Anträge abzulehnen.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) bittet die Ziffer 3 des Art. I an die Kommission zurückzuverweisen, um die Frage des Zonentarifs nochmals zu prüfen.

Die Diskussion über Artikel I wird geschlossen.

Die Ziffern 1 und 2 werden einstimmig unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Der Antrag Dasbach auf Zurückverweisung der Ziffer 3 an die Kommission wird gegen wenige Stimmen des Centrums, der Freisinnigen Vereinigung und der Antisemiten abgelehnt

Der Antrag Horn, den Abonnementspreis der Berechnung zu Grunde zu legen, wird ebenfalls gegen eine kleine Minderheit Nationalliberaler abgelehnt.

Desgleichen der Antrag Dr. Marcour (Ctr.) auf Einführung des Zonentarifs.

Der Antrag Dietz, die Zeitungsgebühr von 3 auf 2 Pf. herabzusetzen, wird gegen die Stimmen der Mehrheit beider konservativer Parteien angenommen.

Der Antrag Dasbach, wonach der Satz, daß bei Feststellung des Jahresgewichts Bruchteile eines Kilogramms als volles Kilogramm gerechnet werden sollen, gestrichen werden soll, wird angenommen.

Die Anträge Pachnicke (Freis. Vg.) und Müller-Sagan (Freis. Vp.) auf Entschädigung bei Selbstverpackung werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Im übrigen wird Ziffer 2 des Art. I nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

Abg. **Dr. Oertel** (kons.) spricht sich gegen den bisherigen Tarif aus und schlägt einen solchen vor.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 5½ Uhr.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die **Nationalliberalen** und das **Centrum** mühen sich in diesen Tagen im Schweiße der Angesichter ihrer Reichstagsabgeordneten ab, um von **der Zuchthausvorlage** so viel **zu retten,** wie das bei gutem Anstand möglich ist. In beiden Fraktionen sieht offenbar die Mehrheit es am liebsten, wenn das Kunststück gelingt, das Zuchthaus preiszugeben, falls nur die Vernichtung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter erhalten bleibt. Die Nationalliberalen sind auf dem besten Wege dazu. Wie eine ihrer parteiamtlichen Notizen besagt, folgt die Mehrheit der Fraktion den Spuren des Prof. van der Borght, der sich auf der „Mittellinie" bewegt und unter dem Stichwort „Die Koalitionsfreiheit muß erhalten bleiben" die Koalitionsfreiheit ermordet. Man so thun, Sand in die Augen ist nach einem Bismarckschen Ausspruch die Sehnsucht der nationalliberalen „Arbeiterfreunde". Und wie ihnen ergeht es den meisten Centrumsabgeordneten. Nur nicht die Vorlage glatt ablehnen; Abänderungsanträge einbringen, damit eine Kommissionsberatung und eine dritte Lesung nötig wird. Bis dahin wird sich manches finden, wird sich manches retten lassen und nach außen hin kann man immer mit der Pose brillieren, daß der Ultramontanismus es mit der Koalitionsfreiheit der Arbeiter ernst gemeint habe. Zum Glück ist der Eiertanz diesmal für Herrn Lieber und seine Getreuen ganz besonders erschwert; sie müßten Tausendkünstler sein, wenn sie nicht zum Rutschen und zum Fallen kommen sollten. Die Denkschrift ist zerfetzt, das Material vernichtet; womit will Lieber seine Anträge begründen? Doch das soll seine Sorge sein. Wir werden ja hören, was er zu sagen hat, wenn Anfang der nächsten Woche die Zuchthausvorlage im Reichstag zu der zweiten Lesung kommt. Unsere Fraktion wird dafür sorgen, daß den Kompromißlern das Leben noch saurer gemacht wird, als es ihnen in dem Schwitzbad der Zuchthausvorlage ohnehin erscheint. Die Halben und Unentschlossenen werden genötigt werden, Farbe zu bekennen. Mit Wenn und Aber kommt man der Zuchthausvorlage gegenüber nicht aus; da giebt es nur ein Ja oder ein Nein.

Hinter verschlossenen Thüren haben die **Nationalliberalen in Hannover** ihre **Zuchthausränke** gebraut — immerhin ein Zeichen, daß sie das Gefühl hatten, sich vor der Oeffentlichkeit schämen zu müssen. Das Referat über die Zuchthausvorlage hielt der einstige Bismärckische Zeitungsagent, dann Chefredacteur der jetzt Schweinburg-Kruppschen Berliner Neuesten Nachrichten, Jacobi. Es wurde mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution beschlossen.

> Das Provinzial-Wahlkomitee **erkennt den Zweck** des Gesetzentwurfes über den Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse — eine mißbräuchliche Ausartung der Koalitionsfreiheit in einen das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen vernichtenden Koalitionszwang zu hindern — **als berechtigt an,** spricht aber dabei die Erwartung aus, daß die nationalliberale Fraktion bei den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages dahin wirkt, daß Bestimmungen beseitigt werden, welche eine Bethätigung des Koalitionsrechts auch in den gesetzlich anerkannten Grenzen erschweren oder verhindern.

Wir gestehen, daß uns die brutale Offenherzigkeit eines Stumm anständiger und angenehmer scheint als diese liberalen Augenverdreher, die ihren Klassenegoismus hinter wohlwollende Redensarten verstecken und doch nur deshalb die Brutalität

mildern, um den Zweck des Ganzen — die Verhinderung der Streiks — durch die Erschleichung der Zuchthausvorlage zu gewinnen. Die liberalen Heuchler wissen, daß sie die ursprüngliche Zuchthausvorlage nicht ertrotzen können, so versuchen sie es, einen „verbesserten" Entwurf zu erlisten. Hätte der Liberalismus noch an seinem Rufe zu verlieren, so könnte er es mit dieser ekelhaften Komödie der Sicherung der Koalitionsfreiheit durch ihre Zerstörung. —

In dem von uns mitgeteilten Schreiben des Kaisers an den Präsidenten des Kolonialrats hieß es, daß man die **Wehrkraft zur See** so stärken müsse, wie es zur fruchtbringenden Entwicklung unseres **kolonialen Besitzes** unerläßlich sei. Es ist nicht recht einzusehen, so bemerkt dazu die Freisinnige Zeitung, inwiefern die Vermehrung der Flotte „zu der fruchtbringenden Entwicklung des kolonialen Besitzes" beitragen kann. Jedenfalls ist bis jetzt die Regierung nicht der Ansicht gewesen, daß der koloniale Besitz irgend eine Vermehrung der Linienschiffe und der großen Kreuzer begründen kann. So heißt es in der Begründung des Flottengesetzes von 1897 wörtlich in Betreff des „Schutzes der Kolonien als einer Aufgabe der Marine":

> In Friedenszeiten brauchen dieselben zur Unterstützung der Schutztruppen die Stationierung von einigen kleinen Kreuzern und Kanonenbooten, um Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen aufrecht zu erhalten. Die hierfür notwendigen Schiffe sind in der Zahl der für den Auslandsdienst vorgesehenen Schiffe enthalten. Im Kriege wird es in den meisten Fällen weniger darauf ankommen, die Kolonien an Ort und Stelle zu verteidigen, als sie in der Heimat durch die dort befindlichen Streitkräfte zu schützen. Schutztruppe und Auslandsschiffe werden an Ort und Stelle ihr Möglichstes thun, das Schicksal der Kolonien wird indeß nicht durch die kleinen Gefechte draußen entschieden, sondern durch den Ausfall des Kampfes auf dem Hauptkriegsschauplatz.

Auch die bisherigen Erfahrungen mit den Kolonien sind nichts weniger als geeignet, den neuen Flottenplan zu rechtfertigen. Der jetzige Kolonialbesitz in Afrika, Australien, Asien ist erworben worden bei einer Flotte, die weit zurückbleibt selbst hinter demjenigen Umfang, den das geltende Flottengesetz in Aussicht nimmt. Auch für die Besitzergreifung von Kiautschou haben die vorhandenen Schiffe ausgereicht. —

Die Organe der Marinelieferanten flunkern gern von einer **allgemeinen Volksbegeisterung für Marinevermehrung** und Weltmachtpolitik. Einige Mitteilungen des Essener Ausschusses des „Flottenvereins" an seine Vertrauensleute, welche die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung veröffentlicht, zeigen recht nett, wie es damit in Wahrheit aussieht. Da ist eine Eingabe, die der „Vorsitzende des Telegraphie-Ausschusses, Herr Kollege Severin", an das Präsidium des deutschen Flottenvereins richtet:

> Das zu bildende Komitee setzt sich aus den Vorsitzenden der oben angeführten 20 Ortsvereine zusammen, welche ihre Thätigkeit weitgehendst ausdehnen auf die unteren Schichten des Volks- und Beamtentums, mit welchen dieselben, als gleichgestellte Klassen, eine bessere Verbindung haben, als die Herren Ober-Präsidenten der Provinzen . . . **Welche Mühe es hier unten kostet,** ist denjenigen bekannt, die hier unten wirken . . .

In einem anderen Schriftstück liest man:

> Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß in den nächsten Tagen seitens der Geschäftsleute 5000 Flugblätter verteilt werden, daß von Erfurt gestern 33, von heute 60 Mitglieder eingingen. Die Bochumer Listen bringen Beamte **vom Assistenten bis zum Bremser, Gepäckträger, Bahnhofswirt, Kellner und so weiter . . . .** Es wird zur Zeit **eine fabelhafte Thätigkeit entwickelt! Die Behörden haben Kenntnis;** laut meines Briefes erkennt die Behörde den Ausschuß als solchen an; **dienstliche Gründe stehen nicht entgegen.**

Dienstliche Gründe stehen der Mitwirkung der Unterbeamten bei der schönen Flottenagitation nicht entgegen. Es handelt sich ja nicht darum, die Lebenslage der Unterbeamten zu erleichtern und ihre Interessen zu fördern. Es muß aber doch recht schlecht stehen um die Flottenbegeisterung des Volkes, wenn solche Anstrengungen erforderlich sind, um sie künstlich anzufachen. Das eigentliche Volk will eben von der Geschichte nichts wissen, und es thut recht daran. —

Ein für das Verhältnis der **Militärverwaltung** zur **bürgerlichen Rechtspflege** bezeichnendes Vorkommnis hat der Vorsitzende des Vereins „Waldeck" in Berlin, Rechtsanwalt Sonnenfeld, in der letzten Sitzung des Vereins mitgeteilt. Rechtsanwalt Sonnenfeld bezeichnete den Fall als einzig in seiner Art dastehend. Ein Dragoner aus Schwedt war als Zeuge zu einer Gerichtsverhandlung in Berlin geladen worden. Als die Verhandlung beginnen sollte, teilte der Gerichtsvorsitzende mit, daß die vorgesetzte Stelle des Dragoners die Ladung abgelehnt habe, im ersten Jahre bekäme der Dragoner überhaupt keinen Urlaub nach Berlin. Der Dragoner wurde darauf kommissarisch vernommen, da es leider unterlassen wurde, den Urlaub von einer höhern militärischen Stelle zu fordern. —

Das evangelische Konsistorium Württembergs hat dem **zur Sozialdemokratie übergetretenen Pfarrer** Blumhardt nahe gelegt, um ein Disziplinarverfahren zu verhüten, freiwillig auf Titel und Qualifikation als Pfarrer zu verzichten. Blumhardt hat diesem Ansinnen entsprochen. Schade! Es wäre ganz interessant gewesen, vom Konsistorium zu erfahren, wie es die „Degradation" eines Pfarrers begründet hätte, der, ohne eines „Vergehens gegen die Rechtsgläubigkeit" sich schuldig zu machen, „aus Gründen der heiligen Schrift" zur Sozialdemokratie gegangen ist. Das Konsistorium hätte doch manches Kopfzerbrechen gehabt, wenn es die Aufgabe unter Berufung auf den „umstürzlerischen" Charakter der Sozialdemokratie auch gelöst hätte. —

Die **„Mittelstandspolitik"** des **Bundes der Landwirte** treibt immer eigenartigere Blüten zum Vorteil der Bundeskasse. In einem der Bundesorgane findet sich folgende Bekanntmachung: Weihnachts-Geschenke unseren Bundesmitgliedern, billige, solide Fahrräder, Nähmaschinen, Waschmaschinen, Acetylen-Laternen für Haus, Stall, für Fahrrad, Wagen. Feuerfeste Bücher- und Geldschränke. Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß wir jede Maschine, die gewünscht wird, liefern. Bei Anlage industrieller Anlagen stehen wir mit Rat und kostenlosen Anschlägen sofort gern zu Diensten. Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte. Abteilung für Maschinen. — Die anderen „Abteilungen" der „Verkaufsstelle" vertreiben die übrigen Weihnachtsgeschenke, darunter Ploetz-Cigarren. Alles zur „Hebung" des Mittelstandes! —

Nachrichten aus dem Auslande.

In der **Prager** tschechischen Universität wollten Studenten eine Versammlung abhalten mit der Tagesordnung: Besprechung der Masarykschen Broschüre über den Mord in Polna und die Frage der Zde-Meldungen bei den Kontrollversammlungen. Der Rektor ließ die Erörterung über die Zde-Frage nicht zu und erklärte die Versammlung für beendet. Darauf wollten die Studenten vor die Wohnung des Professors Masaryk ziehen, wurden jedoch durch die Polizei daran gehindert. Unter Pereatrufen auf Masaryk zogen die Studenten alsdann auf den Wenzelsplatz und zerstreuten sich schließlich. Eine nette Jugend! —

Der Sozialist Triquet wurde in der Stichwahl **zum schweizerischen Nationalrat gewählt.** Es sitzen nunmehr im Schweizer Nationalrat 4 Sozialdemokraten. —

Der **französische** Senat hat sich als Staatsgerichtshof in der letzten Sitzung mit Anträgen des bekannten Antisemiten und Angeklagten Guérin beschäftigt. Sie wurden sämtlich abgelehnt. — Admiral Courrejolles depeschiert aus Kwangtauschwan: Zwei Offiziere von der Station Montas, die sich unvorsichtigerweise auf das jenseitige Ufer des Flusses begeben hatten, wurden von den Chinesen ermordet. Courrejolles nahm den Präfekten von Hainan gefangen und bemächtigte sich eines chinesischen Kanonenboots. Der französische Gesandte in Peking erhielt den Befehl, von dem Tsungliyamen zu verlangen, daß die verantwortlichen Behörden zur Rechenschaft gezogen und die Schuldigen bestraft würden. — Der Temps meldet aus Rom, der Papst habe eine Intervention zu Gunsten der Assumptionisten abgelehnt und erklärt, man dürfe Politik und Religion nicht verquicken. Er wolle sich nicht in eine innerpolitische Angelegenheit Frankreichs mischen. — Die Haltung der Parteien in der letzten Kammersitzung beweist, daß alle Republikaner auf Seite der Regierung, die vereinigte Reaktion auf der Gegenseite steht. So konstatirt der Rappel. Cornely im Figaro hat den Eindruck, daß rechter Hand und linker Hand vertauscht waren; die Monarchisten applaudirten, als Lasies die Armee zum Ungehorsam und zur Revolte aufforderte, während die Sozialisten den Kriegsminister beklatschten, der eine eiserne Disziplin vertrat. Der Siècle beglückwünscht Galliffet, der aus seinem gestrigen Erfolge ersehen müsse, daß er manchmal in seinen Disziplinarmaßregeln unbedenklich hätte strenger sein dürfen. Die reaktionäre Presse behandelt Galliffet als Verräter und Mörder; Lasies droht ihm im Petit Caporal mit neuen Insulten. —

Im **Sudan** hält der Khalif angesichts der bedrängten Lage der Engländer in Südafrika die Zeit zur Offensive für gekommen. Der Sirdar Kitchener hatte sich einiger Zeit aus dem Sudan nach Kairo begeben, aber auf die Nachricht, daß der Khalif, der jüngst nach Kordofan gezogen war, in der Nähe von Duem am Weißen Nil, 130 Meilen südlich von Khartum, stehe, begab sich der Sirdar, der Oberstkommandierende der englischen Truppen im Sudan, am Dienstag abend aus Kairo nach Khartum. Vom Mittwoch wird der Times über das Vorrücken des Khalifen berichtet: Der Khalif rückt den Weißen Nil herab vor, und hat die Insel Abbah, 150 engl. Meilen südlich von Khartum, erreicht. —

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze erfährt man nichts weiter, als daß jetzt täglich Schiffe mit Truppennachschüben in Kapstadt eintreffen. Zum großen Teil sollen die Soldaten und namentlich die Pferde durch die überaus stürmische Seefahrt schrecklich mitgenommen sein.

Die Verteidigung Durbans halten englische Berichte für gesichert, nachdem es gelungen ist, die schweren Geschütze des Kreuzers „Terrible" in der Umgebung der Stadt aufzustellen. Andere Berichte erklären diese Auffassung für schönen Selbstbetrug, da die Kanonen eines Schiffes zu einer wirksamen Besetzung der Stadtperipherie bei weitem nicht ausreichten.

Alles Interesse wendet sich naturgemäß aber der Situation in und um Ladysmith zu. Die Kabel-Kriegs-Korrespondenz entwirft folgende Skizze, die freilich auch dem Stande der Dinge vor sechs Tagen gilt.

„Am 9. und 10. November hatte General Joubert unausgesetzt bombardiert und vom 11. an erwarte man stündlich den Befehl zum Sturmangriff. Inzwischen hat General White seine Truppen wieder in eine andere Stellung gebracht, und zwar offenbar weiter südlich. Man weiß nur von Kafferberichten, daß diese Stellung sich auf einer Anhöhe befindet. Schwerlich kann dies das Hochplateau sein, auf welcher vordem sich sein Lager befand. Man erfährt, daß die englische Artillerie von den schweren Vierzigpfündern Jouberts auf dem Isimbulwana und dem Lombards Kop bis auf zwei Marine-Geschütze zum Schweigen gebracht, und wahrscheinlich, wenigstens teilweise, demontiert worden ist, daß aber White sich verzweifelt verteidigt. Der Kampf begann Donnerstag früh und seitdem währt er fast ohne Unterbrechungen. Schon nach den ersten Schüssen begann die Stadt Ladysmith zu brennen und seit Donnerstag nachmittag verzichtete White auf jeden weiteren Versuch, das Feuer zu löschen, zumal er gänzlich ohne Wasser war. Joubert rückte im Laufe des Donnerstag nachmittag mit seinen Feldgeschützen näher an die englischen Positionen, welche an diesem Tage noch das verschanzte Lager auf dem 3200 Fuß hohen Hochplateau oberhalb der Stadt, zwischen der Straße nach dem Baureenenpaß und dem Flagstone Spruit, war. Als indessen die Geschosse der Feldartillerie der Buren das Lager ebenso zu bestreichen begannen, wie die Vierzigpfünder auf dem Isimbulwana, sah sich White gezwungen, acht bis zehn Kilometer weiter nach Süden zu gehen und zog sich, wenn nicht alles täuscht, auf die Höhen zwischen dem Furis Spruit und dem Flagstone Spruit auf der Straße nach Onderbrok zurück. Joubert griff die englischen Stellungen von allen Seiten aus an, besonders aber vom Osten, Nordosten und Norden, vom Westen und Südwesten. Von den Stellungen der Oranjeburen aus wurde nur Kleingewehrfeuer bemerkt, das allerdings auch hier immer näher kam und den Feuerkreis vollständig schloß. Ueber die etwaigen Verluste auf beiden Seiten fehlt jede Angabe.

Nichts deutet darauf hin, daß die Buren bereits am Freitag versucht hätten, die englischen Positionen zu stürmen. Freitag nachmittag wurde das Feuer plötzlich eingestellt, ohne daß ein Grund dafür angegeben wird. Nur einer der Kaffern meldet, Joubert habe gegen Abend eine „Gesandtschaft" an White gesandt, was dahin aufzufassen wäre, daß er diesen zur Uebergabe aufforderte. Diese Unterhandlungen scheinen wieder resultatlos verlaufen zu sein, denn die letzte Nachricht besagt ausdrücklich, Joubert bereite sich zum Sturm vor.

Die vorliegenden Meldungen gehen nur bis zum Freitag abend, d. h. die letzten betreffenden Boten haben die Umgegend von Ladysmith am Freitag abend verlassen.

Indeß setzen drei Burenkorps den konzentrischen Vormarsch gegen Pietermaritzburg fort, wobei sie auffallenderweise die Bahnlinie Colenso—Estcourt nicht benutzen. Das Hauptkorps, angeblich unter Lukas Meyer, kommt auf der Straße von Weenen, ein zweites, noch weiter südlich, wird von Grey Town her signalisirt, während das dritte östlich, von Colenso über den Tugela ging. Diese Kolonnen scheinen Pietermaritzburg gleichzeitig von drei Seiten angreifen und im Süden, und zwar bei dem Eisenbahnkreuzungspunkt nach Durban und Richmond, vom Meere abschneiden wollen."

In Ermangelung neuer Waffenerfolge setzt die englische Kriegsberichterstattung ihrem Publikum fortgesetzt Nachrichten über alte, oft wochenlang zurückliegende Gefechte und Zusammenstöße vor, die keinerlei entscheidenden Wert haben und lediglich im Wechsel mit Meldungen über am Kap eingetroffene Verstärkungen dazu dienen sollen, die Ungeduld und die qualvolle Ungewißheit, womit den Nachrichten vom Burenkriege daheim entgegengesehen wird, zu mildern und über den Ernst der Lage bei Ladysmith hinwegzutäuschen. Diese Verlegenheitsberichte wiederzugeben, haben wir keine Veranlassung.

Die „neueste Nachricht" über die Lage des Generals White aus Pretoria vom 9. November lautet wie folgt: „Berichte aus Ladysmith besagen, heute früh bei Tagesanbruch habe eine heftige Kanonade begonnen. Einige Burenabteilungen seien bis auf 1500 Yards an die britischen Verschanzungen herangerückt. Das Geschützfeuer sei sodann eingestellt worden, und das Gewehrfeuer habe begonnen." Es ist zu beachten, daß diese Meldung einen Vorgang betrifft, der bereits eine Woche zurückliegt. Schon damals war Ladysmith wie mit einem eisernen Ring umgeben und von den Buren so hart bedrängt, daß die Engländer allen Grund zu der Befürchtung haben, General White werde sich am Ende doch nicht bis zur Ankunft des Entsatzes halten können. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Die Stadtverordneten-Ergänzungswahl** für die I. Wählerklasse im Bezirk Buckau fand am Mittwoch statt. Von den 18 Wählern der ersten Klasse machten 9 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Davon „wählten" 8 den bisherigen Vertreter, Herrn Lange, die 9. Stimme entfiel auf Herrn Duchstein, den bisherigen Vertreter der dritten Wahlabtheilung. Am Dienstag wurde in Buckau erzählt, die erste Wählerklasse wolle Herrn Duchstein, wenn er in der dritten Klasse unterliege, das Mandat für die I. Klasse übertragen. Es war vorauszusehen, daß diese Nachricht erfunden war. Es würde auch ganz dem Charakter des „elendesten aller Wahlsysteme" widersprechen, wenn die I. Klasse einen Mann in das Stadtparlament senden wollte, der unter den bürgerlichen Kandidaten am weitesten nach links stand. Viel besagen will das zwar nicht, aber für die Vertreter der Großbourgeoisie ist ein solcher Mann doch ein Greuel. Die Herren „wählen" nur Leute, die mit ihnen durch Dick und Dünn gehen. —

— Die **Schleppschiffahrts-Gesellschaften der Elbe** haben in Hamburg neulich eine Vereinbarung getroffen, die vorläufig bis Ende 1900 läuft, um durch eine gleichmäßige Festsetzung der Frachten und Schlepplöhne ihre Rentabilität gegenüber den höheren Kohlenpreisen und **höheren Löhnen** aufzubessern. So werden die geringen Aufbesserungen, die sich die Arbeiter erst durch den Lohnkampf erringen mußten, dazu benutzt, um eine höhere Profitrate zu erzielen. Leider ist nicht angegeben, um wieviel die Frachten und Schlepplöhne erhöht sind. Im Voraus kann aber schon als feststehende Thatsache angesehen werden, daß nur ein winziger Teil des erhöhten Ertrages den Arbeitern zu gute kommt. Die Elb- und Hafenarbeiter sowohl als auch die Schiffer sollten sich dieses Vorkommnis merken und gegebenen Falle nicht genieren, den Ertrag für ihre einzige Ware Arbeitskraft gegenüber den fortwährend steigenden Preisen für Nahrung, Kleidung und Wohnung zu erhöhen. Allerdings müssen sie es hierbei ebenso machen, wie ihre Kollegen in Glacéehandschuhen: sie müssen sich vereinigen! —

— **Eine Störung in der elektrischen Leitung** der Stadt trat am Mittwoch abend ein, indem am Hauptkabel des Elektricitätswerks die Sicherung durchbrannte; infolgedessen erlitten auch die Verteilungskabel Beschädigungen, so daß der Strom auf etwa 10 bis 15 Minuten unterbrochen war, wodurch eine Störung in der elektrischen Stromführung in der ganzen Stadt eintrat. Die Beschädigungen wurden sofort beseitigt und nach etwa 10 Minuten konnten die stillstehenden Wagen der elektrischen Bahn wieder in Betrieb gesetzt werden, während in 15 Minuten der Strom für Licht- und sonstige Kraftzwecke wieder in der erforderlichen Weise durch die Leitungen ging. —

Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erleiden für den 26. November (Todtenfestsonntag), sowie das Feilbieten von Blumen, Kränzen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten im Polizeibezirk Magdeburg in Betracht kommt, eine Ausnahme. Während der für den öffentlichen Gottesdienst festgesetzten Stunden von 9 bis 11 Uhr Vormittags und von 2 bis 3 Uhr Nachmittags muß auch dieser Handel ruhen. Zur Einnahme von Handelsstellen auf öffentlichen Straßen ist jedoch auch für den Handel mit Blumen und Kränzen am Todtensonntage eine besondere polizeiliche Erlaubnis für jeden Verkaufsstand nachzusuchen. — Gesuche um Genehmigung von Handelsstellen auf öffentlichen Straßen und Plätzen zum Verkauf von Weihnachtsbäumen sind vor dem 1. December d. J. bei dem Polizeipräsidium einzureichen. Da die Zulassung von Verkaufsstellen für Weihnachtsbäume in größerem Umfange als in den letzten Jahren nicht in Aussicht genommen ist, werden im December verspätet eingehende Gesuche keine Berücksichtigung finden. —

— Sein **25jähriges Dienstjubiläum** begeht der Arbeiter August Jahn bei der Firma Henneberg u. Co Nachf., Wilhelmstr. 10, in traurige Weise. Nachdem der Jubilar 25 Jahre hindurch der Firma seine Kräfte geopfert und es heute zu dem gewiß sehr fürstlichen

Lohne von ganzen 16 Mark und noch 75 Pfennigen gebracht hat, erlitt er am Sonnabend letzter Woche einen Unfall; durch einen Sturz vom Wagen quetschte er sich den linken Oberschenkel und das linke Handgelenk. —

— **Aus dem Polizeiberichte.** Mittwoch nachmittag gegen 2½ Uhr entstand in einer Wohnstube des ersten Obergeschosses im Seitenflügel des Grundstücks Breiteweg 90b in der Neustadt ein Gardinenbrand, der vermutlich durch sich allein überlassene, mit Streichhölzern spielende Kinder verursacht worden war. Gegenüberwohnende Nachbarn bemerkten das Feuer und löschten es, bevor die alarmierte Wache Neustadt eintraf. — Der Barbierlehrling Hermann M. ist von einem andern Lehrling zur Erde geworfen worden und hat dabei eine Wunde am Knie erhalten. — Das Dienstmädchen Sophie St. hat sich bei einer Lampenexplosion beide Hände verbrannt. — Die Witwe Marie H. ist in einem Hause der Blauenbeilstraße von der Treppe gefallen und hat dabei eine Kopfverletzung erlitten. Die Verletzten fanden Aufnahme in der Altstädtischen Krankenanstalt. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Schmied Carl Schiele hier, geboren 1862, wegen Erregung eines öffentlichen Aergernisses zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Arbeiter Fritz Siemann aus Halberstadt, geboren 1880, kam am 24. September d. J. hier zugereist und besuchte am Nachmittag die Messe auf dem Domplatz, wo er dabei abgefaßt wurde, als er versuchte, einer Frau aus der Kleidtasche das Portemonnaie zu stehlen. In Anbetracht der Vorst[illegible] erhielt Siemann 9 Monate Gefängnis. Der mitangeklagte Konditor Hans Offendorf hier, geboren 1880, wurde freigesprochen. —

Der Schausteller Carl Poske hier, geboren 1856, riß in der Nacht zum 17. September d. J. von einer Verkaufsbude auf dem Meßplatz eine Gardine los, die er mitnahm, hinterher aber wegwarf, als ihn der Wächter verfolgte. Der Angeklagte wurde wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Der Zimmermann Hermann Wilke zu Seehausen, geboren 1880, wollte am 21. Juni d. J. vom Bahndamm zwischen Eilsleben und Blumenberg Heu abholen und hatte eine Bockkarre mitgenommen, die er dicht neben die Schienen hinstellte. Die Maschine des Personenzugs 810 erfaßte die Karre und warf sie zur Seite. Den Angeklagten trafen wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes im Verein mit Uebertretung der Bahnordnung 3 Tage Gefängnis. —

Der vorbestrafte Arbeiter Michael Nowack zu Barleben, geb. 1867, hatte im Frühjahr 1898 ein Hundehalsband gefunden und behalten. Infolge einer Anzeige wurde er deswegen angeklagt und am 26 Juli d. J. vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. In dem Vorermittelungsverfahren hatte Nowack behauptet, er habe das Halsband von dem Musketier Eduard Schmidt, der früher öfter Hunde schlachtete, gekauft. Um diesen Nachweis zu führen, soll der Angeklagte den Arbeiter August Schmit und seinen Bruder Eduard Schmidt im Juli d. J. zu verleiten versucht haben, seine Angabe als Zeugen zu bestätigen, jeder bekomme dafür 5 Mark und könne trinken, soviel er wollte. Als sie dies ablehnten, räumte Nowack vor dem Schöffengerichte seine Schuld ein. Er benannte betreffs der heutigen Anklage Entlastungszeugen, deren Ladung beschlossen wurde.

Der Schulknabe Franz Hesse hier, geboren 1886, stieg am 3. September d. J. gemeinschaftlich mit seinem noch nicht strafmündigen Bruder auf dem Kleinen Stadtmarsch durch ein Fenster in die Gartenlaube eines Oberingenieurs und stahl neben Schokolade und Zucker ein Paket Lichte, eine Handsäge und einen Bohrer. Was sie an Kinderspielzeug vorfanden, demolierten sie. Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Nachrichten aus der Provinz.

Bröckau (Kreis Zeitz). (Ein Unglück kommt selten allein.) Die Familie Engelmann von hier hatte einen Sohn beim Militär in Altenburg; er desertierte und verunglückte dabei in einem Wassergraben. Seine Leiche hat man jetzt gefunden. Aus Gram darüber erhängte sich der Vater und die Mutter verlor vor kurzem das Gehör.

Delitzsch. (Altertumsfund.) Beim Sichten der für das Altertums-Museum bestimmten Gegenstände im städtischen Archiv machten einige Vorstandsmitglieder des Altertumsvereins einen äußerst wertvollen Fund. In einem Rahmen wurde ein prachtvoller Gobelin, der die Jahreszahl 1529 trägt und wunderbar gut erhalten ist, vorgefunden. Den Wert des seltenen Wandteppichs schätzt man auf einige Tausend Mark. Da die Räume des Altertums-Museums zur geeigneten Ausstellung dieses Fundstückes nicht passen, soll dasselbe im Stadtverordneten-Sitzungssaal untergebracht werden. —

Gefell. (Brand eines Saales.) Bei der Kirmeß in Blintendorf stürzte in einem neuerbauten Tanzlokal ein Kronleuchter zu Boden, indem der Eisenstab, der ihn trug, mitten durchbrach, die Lampen explodierten und im Nu stand der ganze Saal in Flammen. Zum Glück geschah dies in der Abendpause, als die Tanzer zum Abendbrot gegangen waren. Mit Anwendung von Asche und Wasser tilgte man bald die Flammen und ist dabei nur ein Stuhl vernichtet worden. Wäre der Sturz früher oder später eingetreten, da der Saal gefüllt war, waren viele Menschenleben in Gefahr. —

Hettstedt. (Verbrannt.) Der leidigen Unsitte, zum Feueranmachen Petroleum zu verwenden, ist ein achtjähriger Knabe zum Opfer gefallen. Beim Eingießen des Petroleums ins Feuer explodierte die Kanne, deren Inhalt sich über den Knaben ergoß. Auf das Geschrei des brennenden Kindes, welches allein zu Hause war, eilten Nachbarn herbei, welche die Flammen auszudrücken versuchten. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte schwere Verbrennungen am ganzen Unterleib und Armen fest, an welchen der Knabe unter furchtbaren Schmerzen verstarb. —

Staßfurt. (Hebammensolidarität.) Die hiesigen Hebammen hatten sich durch Aufstellung einer schwarzen Liste solidarisch verpflichtet, die böswilligen Schuldnern keine Geburtshilfe mehr zu leisten, weil der Magistrat ihr Ansuchen, eine Vergütung für uneinziehbare Forderungen für geleistete Geburtshilfe zu zahlen, abgelehnt hatte. Der Magistrat hat sich darauf veranlaßt gesehen, eine Bezirkshebamme mit einem Jahresgehalt von 300 Mark anzustellen und die Stadtverordneten gaben hierzu ihre Zustimmung. —

Kleine Chronik.

An Tollwut sind dem Besitzer Tesmer in Nederitz (Kreis Deutsch-Krone) binnen Jahresfrist 11 Kühe eingegangen. Auch jetzt ist wieder unter seinem Rindviehbestande die Tollwut ausgebrochen, der bereits eine Kuh erlegen. —

In Berlin stürzte sich ein elfjähriges Mädchen aus dem Fenster der im vierten Stockwerk belegenen elterlichen Wohnung. Die Veranlassung hierzu gab eine mütterliche Züchtigung, weil das Mädchen beim Anfertigen ihrer Schulaufgabe das auf dem Tisch stehende Tintenfaß umgeworfen hatte. Mit den Worten: „Heute siehst Du mich lebend nicht wieder", entfernte sich das Mädchen nach dem Nebenzimmer und sprang dort aus dem Fenster. Die innerlich schwer Verletzte wurde sofort nach der Unfallstation gebracht; hier starb sie jedoch in den Händen der Aerzte. —

Zwischen neun Jagdhütern und mehreren Wilddieben kam es bei Lutterbach bei Mülhausen i. E. am Montag zu einem förmlichen Gefecht. Letztere wollten schließlich nicht stehen bleiben. Die Jagdhüter gaben Feuer, drei Wilddiebe wurden verletzt, einer schwer. Der Vorfall ereignete sich an derselben Stelle, wo im vorigen Jahre der Wildschütz Bedelin erschossen wurde. —

In Kleinwiersau bei Schweidnitz erstach bei der Kirmeß infolge eines Streites der Arbeiter Ansel den Steinarbeiter Stephan. Der Ermordete war Vater von 5 Kindern. Der Mörder wurde verhaftet. —

In Bürgstadt a. M. (Franken) erschoß der Inhaber des Gasthauses „Zum Schwan" seine Frau. Er feuerte zur Unterhaltung mit dem Jagdgewehr nach Wasserflaschen, die er im Garten aufgestellt hatte. Die Frau kam zufällig des Weges und ein Schuß zerschmetterte ihr den Kopf. —

Vor dem Wiener Schwurgericht fand am Dienstag die Schlußverhandlung gegen ein entmenschtes Ehepaar, den Wäscher Josef Hummel und dessen Gattin Juliane, statt, welche ihr eigenes Kind, ein fünfjähriges Mädchen, durch fuchtbare Mißhandlungen und Hunger mit Absicht quälten, um den Tod des Kindes herbeizuführen. Der Tod des Kindes im März d. Js. und die Obduktion der Leiche erregte allgemeine Entrüstung. Das Kind hatte an allen Gliedern Knochenbrüche, Brandwunden und furchtbare Beulen. Die Leiche ist auf neun Kilogramm abgemagert. Mann und Weib sind geständig, beschuldigen sich aber gegenseitig. Die Schilderungen der Qualen des Kindes rufen lautes Entsetzen unter dem dichtgedrängten Publikum hervor. Eine Zeugin sagt aus, Juliane Hummel habe viel gebetet und sei in die Kirche gegangen. Die Marter des Kindes dauerte fast zwei Jahre. Eine Nachbarin sagt aus, die Nachbarn hätten viermal Anzeige bei der Polizei erstattet, ohne daß das Kind den Eltern weggenommen worden sei. Dies erregte allgemein Aufsehen. Beide Angeklagte, Josef und Juliane Hummel, wurden wegen beabsichtigten gemeinen Mordes zum Tode verurteilt. —

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich Mittwoch Vormittag Vormittag in Holland ereignet. In der Nähe von Capelle an der Yssel zwischen Gouda und Rotterdam stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen. Es sind 5 Personen getötet und 20 verletzt worden. Die Verwundungen von 15 der letzten sind örtlich. Das Unglück entstand dadurch, daß der die Post von London mitführende Zug, von Utzingen kommend, in voller Fahrt dem zweiten Zuge in die Flanken fuhr. Dem Vernehmen nach ist von den Passagieren des Postzugs niemand getötet oder verletzt worden. Von Rotterdam sind Wagen abgesandt, um die Verwundeten dorthin zu bringen. —

In einem Anfall von Geistesgestörtheit erschoß in Paris die Gattin des Bildhauers und Graveurs Dupuis ihren Mann und verübte darauf Selbstmord. —

An Pestsymptomen ist, wie der Kapitän des Lloyddampfers „Berenice" aus Porto Praya (Capverdische Inseln) meldet, ein Steward erkrankt. —

Für die Provenienzen aus Triest ist von der griechischen Regierung der Pest wegen eine 11tägige Quarantäne angeordnet worden; die Provenienzen aus Italien werden einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. —

Als verloren gilt nunmehr bis auf die acht als gerettet Gemeldeten die Besatzung des belgischen Dampfers „La Belgique", der auf den Needles strandete. Die Zahl der Ertrunkenen beträgt 17. Die Katastrophe wurde durch den Bruch der Steuerschraube herbeigeführt, wodurch der Dampfer auf Felsen geriet. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Männer-Gesangverein „Vorwärts", Alte Neustadt. Am Freitag, den 17. November, abends Punkt 8 Uhr, findet die Hauptprobe in der „Krone", Moldenstraße 45, statt. —

Eine **öffentliche Steinarbeiter-Versammlung** findet am Sonnabend, den 18. November, im Lokale des Herrn Grolmann, Kleine Klosterstraße 15/16, statt. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. —

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 18. Novbr., abends 8½ Uhr: Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 2. Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark", Spielgartenstraße 1. — Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr: Branche der Feilenhauer bei Herrn Albert Buchloiw, Katharinenstraße 5. — Zahlabend für den Bezirk Sudenburg jeden Sonnabend abends 8 Uhr in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 28. — Bezirk Groß-Ottersleben: Sonnabend, den 18. November, Vergnügen (Ball) im „Gasthof zum goldnen Stern". —

Sonnabend, 18. November:

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend abends von 8—10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof", Michaelstr 16, Zahlabend.

Verband der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr, in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28.

Verband der Elb- und Hafenarbeiter. Versammlung abends 8 Uhr bei Müller, Tischlerkrugstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreicher Besuch wird erwünscht.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr, bei Schall, Fabrikenstr. 5/6.

Barleben. Verband der Maurer. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats Versammlung bei C. Schrader (Gasthof zur goldenen Kugel.)

Gesangverein „Freundesbund", Olvenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18,00—23,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—33,00. Linsen 20,00—42,00. Eßkartoffeln 4,50—5,00. Richtstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30 Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,20 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,60—4,60. —

Letzte Nachrichten.

Eisleben. In der Bergerschen Möbelfabrik sind Differenzen ausgebrochen. 21 Kollegen wurden entlassen, weil sie einen Revers nicht unterschreiben wollten, laut dessen sie aus dem Verbande ausgeschieden sind. —

Schmölln (S.-A.) Bei der Wahl von sieben Stadtverordneten wurden in der dritten Abteilung die aufgestellten drei sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. —

Briefkasten.

Zerbster Bierhalle 21,30. — Alter Magdeburger 100. — Krone 14,60. — Weißer Hirsch 21,29. — Alte Neustadt L. 20,00. — Neuer Buckauer 45,00. — Fahrplanbuch 0,80. — X., Neue Neustadt 40,00. — Weißer Hirsch 17,45. — Sieg Neustadt 3,20. — Für Flugblattverbreitung 0,50. — Nichtrasierter Taubenzüchter 1,60. —

J. Brilles Billigste und größte Bezugsquelle am Platze für **Glaswaren.** 2873 **Magdbg.-Neustadt Breiteweg 118.**

Fermersleben.

Auf Grund einer Zuschrift von **A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld,** mache meine werten Kunden darauf aufmerksam, daß die von der Konkurrenz viel billiger angebotene **Morsche Margarine** nicht mehr von A. L. Mohr geliefert wird, sondern nur bei mir dieselbe direkt von **A. L. Mohr** bezogene zu folgenden Preisen zu haben ist:

Mohra, Pfd. 75 Pfg., F. F., Pfd. 65 Pfg.
A. B., Pfd. 60 Pfg.

Empfehle ferner sämtliche **Materialwaren, diverse Weine, Rum, Arak, Tabak und Cigarren.**

3199 **Aug. Schmidt.**

Ein schöner Zimmerschmuck ist die

Wandkarte von Deutschland

Koloriert auf starkem Papier gedruckt und mit schwarzen Metallleisten versehen

Preis 80 Pfennig.

Wieder vorrätig in der

Buchhandlung Volksstimme

Jakobsstraße Nr. 49.

Möbel-Einrichtungen
größte Auswahl
in den großen Läden
von
J. Mook
jetzt nur
3151 **Jakobsstraße 51**
dicht am Alten Markt.

Suche sofort einen 3205
tüchtigen Schuhmachergesellen.
Friedrich Herrmann
Schuhmachermeister
Groß-Ottersleben, Frankenstraße Nr. 71.

* **Ein Schuhmacher** wird gesucht Jakobsstr. 25.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkrugstraße 26. 093

* **Knaben-Anzüge** nach Maß werden sauber angef. Knochenhauerufer 51, v. II, l.

* Zum Waschen u. Plätten in u. außer dem Hause empf. sich L. Rüdiger, Apfelstr. 8, 4 Tr.

Städt. Arbeitsnachweisstelle
unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:
Landwirtschaftliches Personal in großer Zahl, Burschen und viele Handwerker für hier und außerhalb.

Weibliche Abteilung:
Arbeitsfrauen und stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
Unentgeltliches Auskunftsbureau
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluß 1409.
Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:
Dienstmädchen, Burschen, Bürstenmacher, Schneider, Tischler, Cigarrenmacher, Barbiere, Schmiede und Steinmetz.

Männer-Turn-Verein Westerhüsen.

Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr findet im Lokale des Herrn **Wille (Weisser Hirsch)** zu **Westerhüsen** eine

Mitglieder-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder hiermit ganz besonders eingeladen werden. Der wichtigen Tagesordnung wegen haben fremde Turner Zutritt.

3218 **Der Vorstand.**

Versammlung

aller bei den Tischler-Innungsmeistern beschäftigten Personen

Sonnabend, den 18. Novbr., abends 7½ Uhr im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

1. **Wahl der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht.**
2. **Verschiedenes.**

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Ausschuß.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Filiale Magdeburg.

Versammlung

Sonnabend, den 18. Novbr., abds. 9 Uhr im Bürgerhaus, Stephansbr. 38.

Tages-Ordnung:

1. Die Maßregelung bei den Vereinigten Tischlermeistern.
2. Beratung von Anträgen zum Gautag.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen der Werkstätten Roterberg, Laß, Neubauer und von den Vereinigten Tischlermeistern werden hierzu dringend eingeladen. Aufnahme zum Verband jederzeit Faßlochsberg 5 bei Gorgas. Panoramakarten à 55 Pfg. ebenda zu haben.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Neustadt

Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikenstr. 5-6.

Referent und Tagesordnung werden in der Versammlung bekannt gegeben.

3219 **Die Verwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Tischlerkrugstraße 28, H. r. pt.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend, den 18. November, abends 8½ Uhr

Bezirk Neue Neustadt, im Weißen Hirsch, Friedrichsplatz 2.

Tages-Ordnung:

1. Die Marx'sche Verelendungstheorie — ihre Bedeutung in der Praxis. Referent: Richard Nitsch.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c

Tages-Ordnung:

1. Ein Blick in die Zukunft. (Nach Atlantikus.) Referent: Ferd. Beuder.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 19. November, nachm. 4 Uhr

Bezirk der Feilenhauer im Lokale des Herrn Alb. Buchlow Katharinenstr. 5.

Werte Kollegen! Pflicht eines jeden Mitgliedes der Gewerkschaftsorganisation ist es, in den Versammlungen über eine Verbesserung beraten zu helfen. Jeder muß mitarbeiten. In jeder Versammlung werden **Beiträge** und **Beitrittserklärungen** entgegengenommen. Werbet Mitglieder und agitiert für den Besuch der Versammlungen. **Die Verwaltung.**

P. S. Die Mitglieder in **Groß-Ottersleben** erinnern wir an das am Sonnabend, den 18. d. M. im Gasthof zum goldenen Stern stattfindende **Herbstvergnügen** (Ball). **D. O.**

Ordentliche General-Versammlung

der Krankenkasse

für die im Böttcher-Gewerbe beschäftigten Personen

im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38

am Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres.
3. Antwort des Magistrats über die eingereichten Statutenänderungen der Generalversammlung vom 17. Juli 1899. 3221
4. Aenderung der Statuten.
5. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Sudenburg.

Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr, Versammlung in der Restauration zum Deutschen Hof, St. Michaelstr. 16.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schumann: **„An der Wende des Jahrhunderts."**
2. Diskussion. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Gäste sind willkommen.

3222 **Die Ortsverwaltung.**

Schmiede-Verkauf.

Gangbare **Schmiede** mit 2 Feuer in großem Orte, nicht weit von Magdeburg entfernt, billig bei 3000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Gute Kundschaft.

J. Ziolkowski, Grünearmstr. 17.

Restaurations-Verkauf.

In kleiner Stadt dicht bei Magdeburg ist todesfallshalber eine kleine **Restauration** billig bei 2—3000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Vereinszimmer und ein schöner Garten dabei. Offerten unter **A. M. 969** an die Exped. d. Bl. erbeten. 969

Uhren, Goldwaren Musikwerke

3212

in kolossaler Auswahl.

Hermann Möller

Uhrmacher

Buckau, Feldstraße Nr. 55.

Reparaturen gut und billig.

— Geschäft gegründet 1874. —

Zu Geburtstags- und Gelegenheits-Geschenken

empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Unterhaltungs-Litteratur

und

wissenschaftlichen Prachtwerken

Buchhandlung Volksstimme

Jakobsstraße 49.

Achtung!

Schuhwaren

kauft man billig und haltbar in größter Auswahl bei 2882

H. Schulze, Wilhelmstadt

Gr. Dresdorferstr. 30.

Reparaturen werden sauber u. billig geliefert.

Breiteweg 89|90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:

Nußbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 3160

Georg Mook

Breiteweg 89|90.

Heinr. Schütze

Uhrmacher

Coquistr. 19 **Buckau** Coquistr. 19

empfiehlt 2945

sein großes Lager

in

altdeutschen Zimmer-Uhren Regulateuren Wand- und Weckeruhren

in nur guter Ausführung zu billigsten Preisen bei voller Garantie.

Wichtig für Hausfrauen!

Gustav Greve

Osterode am Harz

Wollwarenfabrik

nimmt

Wolle und alte Wollsachen

zur Umarbeitung an und empfiehlt seine im Tragen sich vorzüglich bewährt habenden Fabrikate:

Hauskleiderstoffe, Damenloden für Promenade und Haus, **Stoffe für Herren- und Knabengarderobe, wollene Schlaf-, Reise- und Pferdedecken.** Billige Preise. Reellste Bedienung. Muster bereitwilligst franko.

Kostenfreie Vermittlung erfolgt in **Magdeburg** durch Frau **Th. Beckmann,** Breiteweg Nr. 15, Eingang Bärstraße und Frau **Chr. Beckmann,** Magdeburg-Neustadt, Louisenstraße Nr. 4. 865

Därme-

Fernsprecher 1236.

Leber- u. Gewürz-Handlung

von 2789

H. Reich

Magdeburg

Wilhelmstr. 15.

Neu eröffnet!

Großes Lager nußb., birk., kief.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

(eig. Werkstatt) unter Garantie. Transp. d. eig. Gespann fr. 2982

Fr. Schmidt, Tischlermeister

Buckau, Schönebeckerstr. 16

— schräg gegenüber der Kirche. —

Meinen Freunden, Bekannten und Gönnern zur Nachricht, daß ich krankheitshalber mein **Fuhr-Geschäft** an Herrn Wiermann verkauft habe und bitte, das mir bis jetzt geschenkte Vertrauen auch meinem Nachfolger zu übertragen.

Teile zugleich mit, daß ich **Wolfenbüttlerstraße 4** ein 3214

Wurstwaren-Geschäft

eigener Schlachtung, sowie eine **Butter-, Eier- und Käse-Handlung usw.** eröffnet habe und bitte ich, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

Max Flügge.

Aufträge

3210

nehme entgegen zur Vermittlung von Taschenuhren und Ketten, Schmucksachen für Herren und Damen in Gold, Silber und Nickel, Scheren, Löffeln, Tafel- und Taschenmessern mit Namenszug zu Fabrikpreisen. Mit Ansichtsmustern stehe gern zu Diensten.

Heinrich Burghausen

Fermersleben, Ottersleben erweg Nr. 4a.

* Wiederverkäufern empfehle selbstgefertigte **Cigarren** preiswert Petersstr. 14, 3 Tr.

* 2 große Kugelgelenkpuppen billig zu verkauf. A. N., Verbindungsstr 8, II, Mittelthür.

Großes kräftiges **Hausbacken-Brot** liefert die **Bäckerei** von **A. Josst, Schrotestraße 25.** 3209

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.

Freitag: Brühsuppe mit Nudeln, Kalbfleisch mit holländischer Sauce, Bouillonreis.

Sonnabend: Reissuppe, Gänseklein, Kartoffelklöße, geschmortes Obst.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Hauptwache 5 und **Schmidtstr. 61.**

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.

Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Dampf-, Kur- und Bade-Anstalt

Große Schulstr. 4, 1. u. 2. Et.

(Einzelzellen-System.) 3198

Für Damen und Herren den ganzen Tag geöffnet, Sonntags bis 12 Uhr.

Aerztliche Sprechstunden von 3—4 Uhr.

* **Anständiges Logis Lüneburgerstraße 26, part. b. Dinnebier.**

Anst. Logis f. 1—2 H. Stephansbr 37, I, Mehl.

Schwertfegerstr. 6 möbl. Zimmer für 1 Herrn.

* Möbliertes **Zimmer,** sep. Eingang, zu vermieten Wolfenbüttlerstraße 64, v. part.

* **Anständiges Logis** für 2 Herren zu vermieten Cöthenerstraße 16, vorn, 2 Tr.

Freundliches **Logis** Grünstraße Nr. 14a.

Eine anständige Schlafstelle

sofort zu vermieten. Zu erfragen im Gasthof zur Eiche in Salbke. 1962

Walhalla

Jeden Abend:

Abwechselndes

Programm!

3130

Parterre-Saal:

Abends 7 Uhr

Großes Konzert

des

Damen-Orchesters „Kornblume".

* **Trauring** in der Grusonstraße gefunden. Abzuholen bei Reinhardt, Thiemstraße 13

Cirkus-

Theater.

Riesen-Erfolg

des

gesamten neuen Spielplans.

Unerreicht **Der** Unerreicht

arme Onkel ?

Hochkomisch Hochkomisch

Von 2 Uhr an geöffnet:

Indische Karawane

Eintr. 50 Pf., Milit. u. Kinder 25 Pf.

Stadt-Theater.

Freitag, den 17. November 1899:

Das Glöckchen des Eremiten.

Komische Oper in 3 Akten v. Maillart.

Hierauf:

Ballet.

* Karl Lindau zum Geburstage ein Hoch, daß die Klapperstörche aufwachen. G. K. A. O.

Durch die Geburt eines kleinen **Jungen** wurden hocherfreut 964

Heinrich Judenberg und Frau.

Standesamt.

Magdeburg, 15. November.

Aufgebot: Korrespond. Alfr. Braune mit Käthe Frehse hier. Oekonomie-Insp. Georg Nebelung in Sudenburg mit Elsbeth Niemann hier. Lagerist Max Franke hier mit Frieda Polte in Neustadt. Postassistent Karl Wilhelm August Lindemann hier mit Marie Martha Holzhausen in Sandersleben. Schlossermstr. Ernst Rösner mit Emilie Haupt in Erfurt. Bäckermstr. Reinh. Andr. Wilh. Rieke in Löderburg mit Anna Ida Wagener in Schwaneberg. Schmiedemeister Friedrich Wilhelm Herm. Fricke hier mit Emma Margarete Schuhardt in Körbelitz. Arbeiter Karl Tuchen mit Mathilde Krüger hier. Kreis-Auktionator Friedrich August Schnabel in Wolmirstedt mit Auguste Böhme hier.

Eheschließungen: Stallschweizer Bruno Arnold mit Martha Witt h. Pianist Hermann Bauer mit Elisabeth Weichelt geb. Matzick hier. Portraitmaler Friedrich Hansen in Neustadt mit Witwe Luise Hoffmeyer geb. Koch hier. Schuhmacher Wilh. Himmelreich hier mit Lina Harth in Neustadt.

Geburten: Liborius, S. des Masch.-Schlossers Joh. Rohde. Walter, S. des Schuhmachermeisters Theodor Schrumpf. Paul, S. des Tapeziers und Decorateurs Max Roeder.

Todesfälle: Albert, S. des Porzellanmalers Alex. Weigand, 1 J. 3 M. 10 T. Rud. Prömmel, Rentier, 82 J. 1 M. 17 T. Erna, T. des Arb. Friedrich Zacharias, 2 M. 29 T. Joachim, S. des Kaufmanns Alwin Rudloff, 1 J. 8 M. 18 T.

Totgeburt: Ein S. des Kaufmanns Wilhelm Bückner.

Sudenburg, 15. November.

Aufgebote: Telegraphenarb. Josef August Gerstenkorn mit Marie Eckardt h. Arb. Friedrich Paul Zabel mit Pauline Anna Böhme hier.

Eheschließung: Arb. Karl Wilke mit Emmi Kunsch hier.

Geburt: Martha, T. des Arb. Andr. Pohlmann.

Buckau, 15. November.

Aufgebot: Arb. Ludw. Gust. Strübing mit Auguste Marie Meyer.

Geburten: Alfred, S. des Kaufm. Gust. Frank. Erich, S. des Arb. Herm. Zweiger. Margarete, T. des Schlossers Paul Eichner.

Todesfälle: Sophie geb. Schröder, Ehefrau des Handelsmanns Andreas Fitte, 65 J. 3 M. 26 T. Wally Bertha Lucie, unehelich, 1 M. 10 T.

Neustadt, 15. November.

Aufgebot: Schlosser Friedrich Robert Besecke mit Susanne Charlotte Pauline Ohle.

Eheschließung: Königl. Schutzmann Franz Jahr mit Minna Nickol.

Geburten: Mathilde, T. des Brauers Georg Husnagel. Franz, S. des Werkmeisters Anton Trüber. Hermann, S. des Arb. Ferd. Friedrich. Luise, T. des Arb. Friedrich Graviat. Ernst, S. des Schloss. Wilhelm Pirke. Käthe, T. des Bahnarb. Friedrich Braunsdorf.

Todesfall: Gertrud, T. des Schmieds Hermann Goßmann, 1 M. 26 T.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 270. Magdeburg, Freitag, den 17. November 1899. 10. Jahrgang.

Material zur Zuchthausvorlage.

Die nunmehr erschienenen näheren Angaben der Kriminalstatistik für 1897 ermöglichen es, auch für dieses Jahr eine Gegenüberstellung der Vergehen bei Streiks mit den Vergehen, welche besonders unter Mitgliedern der besitzenden Klasse und bei Unternehmern vorkommen, zu machen.

Wir erhalten bei dieser Gegenüberstellung das durch die Tabelle veranschaulichte Bild.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung Angeklagten im Jahre 1897 ganz bedeutend gewachsen ist, während die Zahl der Verurteilten gegenüber dem Vorjahre nur um **2** stieg. Das war das Jahr, in welchem der Geheimerlaß des Grafen v. Posadowsky und die Rede des Kaisers in Bielefeld ihre Wirkung thaten. Die Wirkung lag in der Vermehrung der Anklagen, doch gelang es nicht, die Zahl der Verurteilten wesentlich zu erhöhen.

Bei dem Roheitsvergehen, das als Zweikampf bezeichnet wird, im wahren Sinne aber nichts Anderes als ein Mordversuch ist, stieg die Zahl der Bestrafungen von 110 im Jahre 1896 auf 140 im Jahre 1897, d. h. um **27,27 Prozent.** Die Zahl der wegen Streikvergehen Verurteilten stieg dagegen nur um **0,79 Prozent.** Vergleichen wir die Zahlen der Jahre 1891 mit denen von 1897, so ergiebt sich bei den Streikvergehen eine Steigerung der Verurteilten von 117 auf 254, das sind um 137 oder 117 Prozent, die wegen Zweikampfs Verurteilten stiegen aber von 60 auf 140 oder um 133 Prozent. Die Roheit der Edelsten der Nation ist in dem Zeitraum von 7 Jahren um 16 Prozent mehr gestiegen, als die der streikenden Arbeiter. Trotzdem aber will man diese ins Zuchthaus stecken, wenn sie sich ein Vergehen zu Schulden kommen lassen, während die Edelsten trotz größerer Roheit auf die Festungen geschickt werden, was bei vielen von ihnen weniger zum Schaden, als zur Aufbesserung ihrer Gesundheit dient.

Die Zahl der wegen Streikvergehen Verurteilten ist gegenüber den andern, vorstehend verzeichneten Verurteilungen

Jahr	Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung: Angeklagte	Verurteilte	Freigesprochene	Strafen: Verurteilte, gegen welche erkannt ist auf Gefängnis, und zwar von 3 bis unter 12 Monaten	1 bis unter 3 Monaten	8 bis unter 30 Tagen	4 bis unter 8 Tagen	weniger als 4 Tagen	Geldstrafe	Verweis	Zahl der Verurteilten: Zweikampf	Bankerott: betrügerischer	einfacher	Vergehen gegen die G.-O. 146, 2, betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen u. jugendlichen Arbeitern	Verbrechen und Vergehen im Amte	Verbrechen und Vergehen geg. Reichsgesetze überhaupt
1891	196	177	79	8	16	45	21	27	1	—	60	166	648	355	1485	391064
1892	109	74	35	2	8	17	26	21	1	—	77	181	759	345	1570	442327
1893	86	38	48	2	8	13	9	6	1	—	66	144	687	741	1555	430403
1894	73	47	26	—	9	11	13	14	1	—	83	142	737	891	1590	446110
1895	136	93	43	1	13	25	28	26	—	1	107	162	842	837	1453	454211
1896	309	252	147	9	64	73	71	58	2	7	110	150	675	985	1417	456999
1897	463	254	204	2	32	87	86	43	1	4	148	176	649	944*	1330	463585
Sa.	1462	875	682	24	120	271	254	195	7	12	643	1141	4997	5098	10400	3084699

* Darunter nicht weniger als 184, die wegen des gleichen Vergehens schon vorbestraft sind. Sämtliche Verurteilte erhielten Geldstrafen, obgleich für diese Vergehen auch Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten vorgesehen ist.

überaus gering. Die Zahl der wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung bestraften Unternehmer ist nahezu sechsmal höher. In der Kriminalstatistik sind aber nur die Bestrafungen von Unternehmern geführt, welche auf Grund eines Gerichtserkenntnisses erfolgten. Thatsächlich ist die Zahl der Unternehmer, welche sich ein Vergehen gegen § 146 der Gewerbeordnung zu Schulden kommen lassen, bei weitem höher, wie dies aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervorgeht. Mögen diese Zahlen auch noch so deutlich zu Gunsten der Arbeiter sprechen — streikende Arbeiter müssen doch ins Zuchthaus, wenn die Regierungsvorlage angenommen werden sollte. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In der Generaldiskussion zum **bayerischen** Justizetat kamen in der bayerischen Abgeordnetenkammer eine Reihe von Dingen zur Sprache, die schon seit geraumer Zeit die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigen, so der ambulante Gerichtsstand der Presse, der Grobe Unfugparagraph, die Verschleppung von Prozessen, die Thätigkeit der Amtsanwälte, die Belehrung der Geschworenen durch die Schwurgerichtspräsidenten, die Verwendung von Rechtspraktikanten als Offizialverteidiger, die Wiedereinführung der Berufung usw. Unser Genosse Oertel erhob die prinzipielle Forderung unserer Partei nach einer Verbilligung der gesamten Rechtspflege, da es unter den heutigen Verhältnissen vielen geradezu unmöglich sei, zu ihrem Rechte zu kommen, da sie nicht über die nötigen Mittel verfügen. Der Grobe Unfugparagraph gelte heute als Mädchen für alles. Die Verurteilung einiger Versammlungsredner, welche die Zuchthausvorlage als ein Schandgesetz bezeichneten, wegen groben Unfugs bilde keineswegs das Ideal einer Rechtsprechung. Durch den Ausdruck „Schandgesetz" sei keine Erregung und Beunruhigung hervorgerufen worden, im Gegenteil: der Inhalt der Zuchthausvorlage habe bei Hunderttausenden bis tief in die weitesten bürgerlichen Kreise hinein die größte Erregung und Beunruhigung erzeugt. Bezüglich des ambulanten Gerichtsstandes der Presse seien ja in Bayern allerdings schon verschiedene Urteile gefällt worden, der Redakteur könne gerechterweise doch nur an seinem Wohnort verantwortlich gemacht werden, nicht aber an jedem Orte, wo seine Zeitung hinkommt, da er ja mit der Verbreitung nichts zu thun hat. Solche Zustände führen notwendig zur vollen Rechtlosigkeit der Presse. Es wäre höchste Zeit, daß diese Dinge endlich einmal im Bundesrate besprochen würden. An der Hand einer Reihe von Urteilen führte unser Redner den schlagenden Beweis, daß man sich nicht darüber wundern dürfe, wenn das Volk zu der Ueberzeugung komme, daß eine Klassenjustiz geübt werde. Das zeig allein schon die Zusammensetzung der Geschworenen- und Schöffengerichte, bei denen die Arbeiter von der Mitwirkung gänzlich ausgeschlossen sind. Weiter kritisierte unser Freund noch die militärische Schneidigkeit mancher Richter und forderte zum Schlusse die endliche Abstellung des Mißstandes, daß in Nürnberg die Gefangenen durch die belebtesten Straßen geführt werden. Minister v. Leonrod verwahrte sich natürlich gegen den Vorwurf der Klassenjustiz, die von vornherein eine Verdächtigung der Richter in sich berge. Bezüglich des ambulanten Gerichtsstandes der Presse und des Groben Unfugparagraphen wünsche auch er, daß etwas geschehe, doch sei das nicht so leicht wie man glaube. Für die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen sei die bayerische Regierung stets eingetreten, allein so rasch lasse sich die Sache nicht machen. —

Die „gute" englische Gesellschaft und der Krieg.

Neulich hat ein Mitarbeiter eines hochkonservativen englischen Blattes die für den Kenner englischer Verhältnisse überraschende Mitteilung gemacht, daß beinahe jede englische Familie einen Freund oder Bekannten in dem Heer habe, das in Südafrika gegen die Buren kämpft. Hätte der Berichterstatter diese Aussage auf die Burenrepubliken Südafrikas angewandt, so wäre sie auf den Buchstaben zutreffend gewesen. Denn alle Buren, auch die im Knabenalter stehenden, bis zu den Greisen sind an die Grenze geeilt, um für Haus und Herd zu kämpfen. Wenn England 100 000 Soldaten nach Südafrika schickt, so spüren es wohl die wenigsten Familien; der Arbeiterstand liefert den Rohstoff für das Heer; die sogenannten besseren Familien d. h. der Adel und die vornehmen oder vornehm sein wollenden Familien stellen die Offiziere. Der „Bürgerstand", d. h. genau diejenige Klasse, die von Anfang der Schwierigkeiten an laut und oft heftig gegen die auf den Krieg hintreibende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Südafrikanischen Republik Einsprache erhoben hat, stellt gar keine Soldaten und nur wenige Offiziere. Der „Bürgerstand" kämpft nicht, er zahlt nur.

Die bis heute in Südafrika gefallenen Offiziere sind zumeist Söhne von Offizieren, die selbstverständlich den Beruf ihrer Väter ergriffen haben, oder es sind Sprossen adeliger Häuser, für die mit Vorliebe in den Garderegimentern oder im Seedienst Stellen gefunden werden. Der Kommandant Egerton, der die Geschütze des „Powerful" bei Ladysmith befehligte und seinen Wunden erlegen ist, war der Sohn eines Admirals und Baronets; die Lieblingsschwester des Herzogs von Devonshire war seine Mutter. Der Berichterstatter des erwähnten hochkonservativen Blattes kennt natürlich nur adelige und vornehme Familien, d. h. Leute,

Feuilleton.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Ranc.

Ins Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(10. Fortsetzung.)

Juliette erwiderte kein Wort und trennte und nähte mit überraschender Schnelligkeit. Die Mutter hatte zu viel gesagt. Juliette wußte jetzt, warum sie sich langweilen, warum sie unglücklich sein würde. Am Tage erhob sie den Kopf nicht mehr. Als die Stunde des Abendessens kam, sagte sie, daß sie keinen Hunger hätte, und ging schlafen. Die ganze Nacht blieb sie wach, auf ihr Kopfkissen gestützt, den Kopf in der Hand. Als der Tag kam, war ihr Entschluß gefaßt. Sie stand auf und machte ein kleines Paket aus den Gegenständen, an denen sie hing: der dreifarbigen Schärpe, die sie bei den republikanischen Festen getragen, zwei Büchern, die ihr Vater ihr geschenkt, einem getrockneten Stiefmütterchen, das Fernand Roy ihr einst im Scherz gegeben und das sie in ein kleines Riechsäckchen eingeschlossen hatte. Dieses Riechsäckchen trug sie um den Hals gehängt auf der Brust, und ihre Mutter glaubte, daß es eine Reliquie wäre.

Juliette wollte das Haus schon am Morgen verlassen, aber sie wagte es nicht. Es schien ihr, daß die Mutter ihre Absicht erraten und sie zurückhalten würde. Den ganzen Tag verbrachte sie in einer schrecklichen Verwirrung. Sie war entschlossen zu gehen und hatte nicht einmal den Mut, sich von ihrem Stuhle zu erheben. Sie war bleicher als gewöhnlich und zitterte, wie wenn sie Fieber hätte.

„Bist Du krank, Juliette?" fragte die Mutter.

„Nein," antwortete sie.

„Nun, dann versuche ein anderes Gesicht zu machen. Solche Mienen liebe ich zu Hause nicht."

Dann ging Mutter Lefrancois in den Hinterraum des Ladens, um das Abendessen zu bereiten.

Da stand Juliette auf. Sie öffnete die Thür und blieb einige Augenblicke auf der Schwelle stehen. Als die Mutter sie nicht beobachtete, machte sie zwei, drei Schritte hinaus und eilte, ohne zu zögern, über den Marktplatz. Von da ging sie schnellen Schrittes weiter. Eine Viertelstunde später war sie bei Fernand Roy.

„Wie! Sie sind es, mein Kind," sagte er etwas erstaunt aber lächelnd zu ihr. „Was giebt es denn?"

„Ich will nicht mehr zu Hause bleiben."

„Und warum? Mißhandelt die Mutter Sie? Sie ist etwas streng, aber sie ist im Grunde nicht schlecht. Sie müssen vernünftig sein, Juliette, und ihr gehorchen, selbst wenn Sie Ihnen im heftigen Tone befiehlt. Ihr armer Vater hatte Sie an mehr Sanftmut gewöhnt, ich weiß es wohl. Gleichviel, seien Sie eine gute Tochter. Wollen Sie, daß ich gehe, um mit Ihrer Mutter zu sprechen?"

„Meine Mutter mißhandelt mich nicht, aber sie hat mir gestern gesagt, daß Sie Ihnen Bescheid sagen würde, wenn Sie in das Haus kämen."

„Nun?"

„Nun, ich will dort nicht bleiben!"

„So, und der Grund? Ich frage Sie noch einmal darnach, kann ich ihn wissen?"

„Nein! Aber ich will nicht! Ich will nicht!"

Und Juliette schüttelte verzweifelt den Kopf.

„Aber wenn es so steht, was denken Sie denn zu thun?"

„Nichts."

„Sehen Sie, Juliette, keine Kinderei! Sagen Sie mir, weshalb Sie so erregt fortgelaufen sind? Wagen Sie nicht wieder allein nach Hause zu kommen? Wenn es das ist, so werde ich Sie zurückführen. Ihre Mutter mag mich nicht leiden; aber seien Sie ruhig, sie wird es nicht wagen, Sie schlecht aufzunehmen, wenn Sie mit mir kommen."

„O nein! Schicken Sie mich nicht fort! Uebrigens" fügte sie mit halber Stimme hinzu, während ihre Lippen erblaßten und sich zusammenpreßten, „wenn Sie mich zurückschicken, werde ich nicht nach Hause gehen. Ich gehe irgendwo hin, gleichviel, wo es sein mag."

Fernand Roy sah sie prüfend mit wachsendem Staunen an.

„O," begann sie wieder, „behalten Sie mich! Behalten Sie mich!"

Und als sie dies sagte, umklammerte sie mit ihren beiden Händchen sein Handgelenk und drückte es mit außerordentlicher Kraft; auf den Fußspitzen stehend, näherte sie ihr Gesicht dem Fernands, sah ihn lange an und wiederholte immer:

„O, schicken Sie mich nicht fort! Schicken Sie mich nicht fort!"

Schweigen entstand, während das Herz Juliettes zum Zerspringen schlug, aber sie ließ seine Hand nicht los und senkte den Kopf nicht. Ihre Lippen berührten die seinigen und er der strenge Mann, der Stoiker, schlug die Augen zuerst nieder; er stieß Juliette nicht zurück. Da lächelte sie, und noch lächelnd zerfloß sie förmlich in Thränen.

„Ich wußte wohl," sagte sie ganz leise, „daß Sie mich behalten würden."

* * *

Nach dem Tode Fernands kehrte Juliette nach Poitiers zurück. Sie besaß von Roy eine kleine Summe, die ausreichte, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, folglich war die Herrn Drault übermittelte Notiz der Polizei ungenau in Bezug auf diesen Punkt: Juliette besaß Existenzmittel.

Sie wollte mit Gewalt in Poitiers bleiben; zuerst hatte sie Schwierigkeiten, sich einzumieten. Ihr Abenteuer hatte Aufsehen erregt, und nirgends, außer in den übelberüchtigten Straßen oder den gewöhnlichen Stadtteilen wollte man sie aufnehmen. Aber in diesen Vierteln sind die Straßen eng und düster. Schließlich hatte sie zwei Zimmer in einem alleinstehenden Hause auf dem Boulevard du Grand-Cerf gefunden, das zu jener Zeit fast leer stand und wo es außer diesem Hause nur noch von Fuhrleuten besuchte Herbergen gab. Juliette war nicht furchtsam. Für wenig Geld hatte sie zwei große Zimmer und viel frische Luft. Das eine der Zimmer ging auf den Boulevard hinaus, das andere hatte eine prächtige Aussicht über die Gärten und Hügel, die sich auf dieser Seite der Stadt zwischen der Rue des Hautes-Treilles, dem Gefängnis zur „Heimsuchung" und dem Boulevard du Grand-Cerf hinzogen.

(Fortsetzung folgt.)

in deren Adern blaues Blut fließt. Die vornehmen Familien Englands haben allerdings eine ganz erstaunlich große Zahl ihrer Söhne nach dem Kriegsschauplatz abschickt; wenn der Sieg den Buren zufällt, so wird der englische Adel eine Verringerung erfahren, wie sie seit dem Ende des Krieges zwischen den Häusern York und Lancaster nicht mehr vorgekommen ist. In Mafeking kämpft unter dem kecken Obersten Baden-Powell ein Sohn des Ministerpräsidenten Salisbury; Lord Edward Cecil ist ein hübscher Gardeoffizier und wurde schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten zu Sonderdiensten nach Südafrika geschickt. Der Kriegsminister Lord Lansdowne hat zwei Söhne in dem Armeekorps, das Sir Redvers Buller gegen die Buren führen wird. Lord und Lady George Hamilton, der erstere Sekretär für Indien, sollen zusammen dreizehn Neffen im Heere haben, das in der Kapkolonie steht oder dorthin unterwegs ist. Diese Lords gehören der Regierungspartei an.

Aber auch die liberalen Adeligen sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Stammhalter des Lord Tweedmouth und des Lord Ribblesdale kämpfen in Südafrika. Es ließe sich eine lange Liste adeliger Offiziere aufstellen, die gegen die Buren kämpfen werden. Die sogenannte gute Gesellschaft ist durch den Krieg in Südafrika in eine bisher nie erlebte Aufregung gebracht worden.

Wenn gegenwärtig in Afrika im Verhältnis mehr Offiziere fallen als gemeine Soldaten, so ist das den Militärbehörden eher angenehm. Es ist ja viel leichter, Offiziere aufzutreiben, als gemeine Soldaten anzuwerben. Man glaube ja nicht, schreibt der Londoner Korrespondent der Vossischen Zeitung, daß die Abschaffung der Käuflichkeit der Offiziersstellen es unbegabten jungen Leuten unmöglich gemacht hat, die militärische Laufbahn einzuschlagen. Es ist ihnen allerdings erschwert worden, seit der Eintritt in die Militärschule an die Ablegung einer Prüfung geknüpft ist. Aber unmöglich ist es nicht; denn wenn ein vornehmer Dümmling in allen Prüfungen durchgefallen ist, so tritt er als Offiziersbewerber in die Miliz ein und schlüpft durch diese Hinterthür als Leutnant der Milizen, die alljährlich als Reserven in das stehende Heer übertreten, in ein Linienregiment, wo er der Beförderung ebenso sicher ist, wie wenn er die schwierigsten Prüfungen glänzend bestanden hätte. Der große Offiziersverlust ist für diese Leute ausnehmend günstig. Sie rücken rasch nach. Zuweilen treten auch Offizierssöhne die keine Prüfung haben bestehen können, als Gemeine ins Heer ein, vorzugsweise in Reiterregimenter, wo ihnen nach einigen Jahren als den Söhnen des Obersten Soundso die Beförderung sicher ist.

In den letzten Jahrzehnten haben reiche und ehrgeizige Eltern aus dem oberen Bürgerstand ihre Söhne ebenfalls zu Offizieren ausbilden lassen. Aber es sind doch nur Ausnahmefälle. Die militärische Laufbahn ist teuer und nicht gewinnbringend; der Sohn eines Kaufmanns kann im Kontor seines Vaters mehr verdienen als in der Kaserne; für die meisten Bürgersleute ist die Anschauung maßgebend, daß ihre Söhne zu gut sind, um von einem Afridi oder Bur totgeschossen zu werden. —

Aus der Parteibewegung.

An die Genossen des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt. In der Kreisversammlung, die am vergangenen Sonntag in Neuhaldersleben tagte, wurde Genosse Richard Tümme in Wolmirstedt zum Kreisvertrauensmann gewählt. Es sind infolgedessen von jetzt ab alle Sendungen und Anfragen an dessen Adresse zu richten. Die Ortschaften, welche auf der Kreisversammlung nicht vertreten waren, werden ersucht, sobald als möglich ihrem Vertrauensmann zu wählen und die Adresse desselben dem Unterzeichneten sofort mitzuteilen. — Mit sozialdemokratischem Gruß

Richard Tümme, Wolmirstedt, Stendalerstr. 137.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Wie wir gestern nach der Frankfurter Zeitung berichteten und heute bestätigen können, wurden in dem Arbeiterdorfe Höchberg bei Würzburg die sozialdemokratischen Gemeinderats-Kandidaten glatt gewählt. Sie erhielten 131 Stimmen gegen 106, die auf die Centrumsliste fielen. Damit ist die ganze Gemeinderatsverwaltung sozialdemokratisch, und da auch die Wahl des Bürgermeisters gleichzeitig damit vorgenommen wird, so wurde als Bürgermeister der Schuhmachermeister Genosse Adam Langhirt gewählt. —

Gemeindewahlen. In Oberursel (Hessen) kommen unsere beiden Kandidaten in die Stichwahl. In Rathenow errangen wir in der dritten Klasse von vier freien Mandaten eins. —

Die **sächsische Parteileitung** erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, angesichts der beginnenden Reichstags-Verhandlungen den Kampf gegen die Zuchthausvorlage nochmals energisch aufzunehmen und bittet außerdem noch um die Einsendung von aktenmäßigem Material gegen die Vorlage.

Eine **Kreiskonferenz für den bremischen Wahlkreis** beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage der Agitation gegen die Zuchthausvorlage. Sämtliche Redner bemängelten die bisherige Agitation und bedauerten, daß der Parteivorstand die Agitation der Generalkommission überlassen habe. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Wahlkreis-Konferenz beschließt, daß die Agitation gegen die Zuchthausvorlage in der nächsten Zeit vom Kartell nur in Gemeinschaft mit der Parteileitung betrieben werden soll. —

In einer Parteiversammlung im 1. sächsischen Wahlkreise (Oberlausitz) gab der Vertrauensmann einen interessanten Bericht über die Parteitätigkeit, aus dem hervorgeht, daß in dem wirtschaftlich so tiefstehenden Kreise, den wir 1898 zum erstenmal eroberten, sehr tüchtig gearbeitet wird. Die Einnahmen sind, entsprechend den überaus kläglichen Löhnen der Mehrheit der Arbeiter des Kreises nicht groß, sie betragen nur 947 Mark, wobei 200 Mark vom Dresdner Komitee. An Druckschriften wurden aber verteilt 30 000 Flugblätter, 4000 Agitationskalender, 700 Maizeitungen, 600 Märzzeitungen, 300 Neue Welt-Kalender, Jahrgang 1899, 280 Neue Welt-Kalender, Jahrgang 1900 und 100 Notiz-Kalender, Jahrgang 1900. An Parteizeitungen werden im Wahlkreise gelesen: rund 3500 Arme Teufel und etwa 500 Volksfreunde. Die Zahl der Exemplare des Wahren Jakob und des Postillon, die im Kreise gelesen werden, dürfte mit 1500 nicht zu hoch geschätzt sein. Versammlungen konnten nicht viel stattfinden, da das einzige Versammlungslokal der Fabriksaal des Genossen Postelt in Seifhennersdorf ist. In den Gemeindeverwaltungen des Kreises sitzen 58 Sozialdemokraten. —

Eine **Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter** wurde am Sonntag in Stuttgart abgehalten. Sie stellte einen programmatischen Leitfaden für die Gemeindewahlen auf. Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse liegt noch nicht vor. —

Totenliste der Partei. In Mannheim ist der Parteigenosse Stadtverordnete Friedrich August Sattler nach längerem Leiden gestorben. Genosse Sattler gehörte seit langen Jahren der Partei als Mitglied an, in der er sich einer großen Achtung erfreute. Vor 6 Jahren sandte ihn das Vertrauen der Parteigenossen zum ersten Male in den Bürgerausschuß. Auch diesmal wurde Sattler aufgestellt und wiedergewählt. Sattler verwaltete lange Zeit hindurch die Krankenkasse des Metallarbeiter-Verbandes. —

Eine polnische Arbeiter-Demonstration.

Am 9. d. M., am Tage der Ankunft des Zaren mit seiner Familie in Skierniewize (etwa 50 Kilometer von hier entfernt) zum Jagdaufenthalt, bewegte sich durch die Straßen von Warschau ein für hiesige Verhältnisse sonderbarer Leichenzug. Ohne Kreuz und ohne Geistlichen, ohne Lichter und ohne Kirchgesang trat der Zug, der aus einer tausendköpfigen Menge, hauptsächlich Arbeiter und Arbeiterinnen, bestand, aus einem der hiesigen Hospitale auf die Straße. Der Sarg, von Arbeitern getragen, und der Leichenwagen ganz mit Kränzen bedeckt, darunter mehrere mit roten Bändern, auf denen die Aufschriften zu lesen waren: „Dem Genossen — die sozialistischen Arbeiter und Arbeiterinnen“, „Die jüdischen Arbeiter — dem Kämpfer für die gemeinsame Sache“, „Er ging den Samen der Menschenliebe säend“, „An Januß Tanski — die Jugend“, „An Januß — die Freunde“ und noch andere mehr. Der Verstorbene, Januß Tanski, Ingenieur und Mathematiker, verdiente vollauf die ihm erwiesenen Ehren. Er war seiner Zeit einer der thätigsten Sozialdemokraten in Polen; hat auch seine Thätigkeit mit Gefängnis und Verbannung abbüßen müssen. Bis zu seinem letzten Atemzuge blieb er seinen Ueberzeugungen treu, indem er unter anderem die hier in solchen Fällen sehr zudringliche Geistlichkeit von seinem Lager schroff abwies und ohne Sakramente zu empfangen, verschied. Die Pfaffen versagten ihm auch deshalb eine kirchliche Beerdigung, um so zahlreicher dagegen waren die Arbeiter. Es wäre ja eigentlich nichts Sonderbares darin, daß die Arbeiterschaft einem ihrer Genossen das letzte Geleit gab. Der Schwerpunkt der Sache liegt anderswo.

Am selben Tage war die ganze Strecke der Warschau-Wiener Bahn, die der Zar passieren sollte, von einem ununterbrochenen Militärkordon bewacht; sämtliche hohen und höchsten Beamten der Polizei und der Gendarmerie in Warschau oder unweit von Warschau versammelt; aller Aufmerksamkeit in höchstem Maße angespannt und auf die Sicherstellung der heiligen Person des Zaren gerichtet, — und doch fand in unmittelbarer Nähe desselben eine Kundgebung statt, wie wir sie hier wohl noch nicht gesehen haben. Eine tausendköpfige Menge mit entblößten Häuptern zog durch die Straßen der Stadt und unweit vom Kirchhofe, jedoch noch in der Stadt wurden die Kränze vom Wagen heruntergeholt und trotz der heftigen Proteste der Polizei dem Sarge vorausgetragen; dann wurden die Kampfeslieder des Proletariats angestimmt, deren jedes Wort eine schwere Majestätsbeleidigung oder Staatsverrat bedeutet, die mit lebenslänglicher Verbannung und Zwangsarbeit bestraft werden. Dabei fand die Beerdigung an einem Wochentage statt, an welchem es den Arbeitern schwer fällt, sich frei zu machen, abgesehen davon, daß dies ein materielles Opfer nach sich zieht, welches bei den hiesigen Lohnverhältnissen nicht unbedeutend in die Wagschale fällt.

Diese Kundgebung, wie einige frühere — 1. Maifeier z. B. — beweisen deutlich, daß der Sozialismus bei uns aufgehört hat der Traum der Jugend von einer besseren Zukunft zu sein, daß er tiefe Wurzeln im Bewußtsein der Arbeiterschaft gefaßt hat, und daß er eine Elementarmacht geworden, der auch die russische Regierung mit all ihrer Polizei- und Militärmacht auf die Dauer keinen Widerstand wird leisten können. Die Regierung kann durch Verbannung oder gar durch Vollstreckung von Todesurteilen (wie dies im Jahre 1886 im Prozeß des „Proletariat“ geschehen) die Anführer von der Bewegung fernhalten und dadurch dieselbe vielleicht für eine kurze Spanne Zeit ins Stocken bringen; aber einen jeden solchen Aufenthalt auf ihrem Wege wird die Arbeiterschaft zur inneren Sammlung und Verbesserung der erkannten Fehler in der Organisation benutzen, um dann mit frischen Kräften den Kampf aufs neue aufzunehmen. Jetzt helfen keine Gewaltmaßregeln mehr. Die Bewegung wächst immer mehr und mehr an, und, unaufhaltsam wie eine Berglawine, alle ehrlichen oppositionellen Elemente mit sich fortreißend, ruht sie nicht eher, als bis sie alle Schranken der Knechtschaft, sei es politischer, sei es ökonomischer Art, niedergerissen haben wird. —

Soziale Bewegung.

Die **Feilenhauer** Düsseldorfs sind in eine Bewegung eingetreten und fordern Herstellung der Strohfeilen und Sackfeilen. Fünf Firmen suchten genannte Feilen herstellen zu lassen. Nur eine Firma R. Wildschütz u. Co., deren Inhaber Vorsitzender des Verbandes der Feilenindustriellen ist, lehnte die Forderungen kurz und bündig ab und ließ sich durch nichts bewegen. —

Kleines Feuilleton.

Ulrike von Levetzow †. In der Nacht zum Montag ist, wie schon gemeldet, auf ihrem Gut Triplitz bei Lobositz im 96. Lebensjahre Ulrike Freifräulein v. Levetzow gestorben, Goethes letzte Geliebte. Ihr Name ist verknüpft mit einem der ergreifendsten Gedichte des greisen Goethe, der sogenannten Marienbader Elegie, mit der der 74jährige Goethe sich eine tiefe Leidenschaft vom Herzen schrieb. Im Sommer 1822 wohnte Goethe in Marienbad wo er sich längere Zeit aufhielt, mit der verwitweten Freifrau von Levetzow, die er von früher her kannte, und deren drei Töchtern in demselben Hause. Schon damals machte auf den 73jährigen Dichter die 19jährige Ulrike von Levetzow — sie war am 4. Januar 1804 in Leipzig als Tochter eines mecklenburgischen Hofmarschalls geboren — einen tiefen Eindruck. Die Frucht dieser Bekanntschaft war das Gedicht Aeolsharfen, ein Zwiegespräch zweier Liebenden, in dem der Eindruck von Ulrikens Wesen mit den Versen festgehalten wird:

> Ja, du bist wohl an Iris zu vergleichen,
> Ein liebenswürdig Wunderzeichen!
> So schmiegsam herrlich, bunt in Harmonie
> Und immer neu und immer gleich wie sie.

Als aber Goethe den Sommer des nächsten Jahres in innigstem Verkehr mit der Familie in Marienbad und Karlsbad verlebte, da steigerte sich in dem alten Herrn, der vor kurzem erst eine lebensgefährliche Krankheit überstanden hatte, die Leidenschaft zu dem schönen Mädchen so, daß sie sein ganzes Wesen aufwühlte. Die letzte leidenschaftliche und vielleicht stürmischste Liebe hatte ihn erfaßt. Anfangs faßte er sein Verhältnis zu Ulrike wohl so auf wie das eines Onkels zu einer „allzu sehr geliebten Nichte“; aber bald war er sich über die Natur seines Fühlens klar geworden, und auch die Kurgesellschaft erwartete allen Ernstes, daß der greise Dichter das junge Mädchen heiraten werde. Goethe hat nach unvergeßlichen Stunden innigsten Verkehrs seine Leidenschaft niedergekämpft. Aber wie tief sein Wesen erfaßt und erschüttert war, geht aus der Elegie hervor, die er auf der Heimreise von Eger nach Jena am 11. und 12. September 1823 unter dem unmittelbaren Eindrucke des Erlebten niederschrieb. Es ist das letzte Liebeslied, das er gedichtet hat, von allen seinen ergreifenden Liebesliedern vielleicht das ergreifendste, weil mühsam zurückgehaltene Glut immer und immer wieder durch die abgeklärte Schönheit der Verse des greisen Goethe hindurchglüht. In diesem Gedicht stehen denn auch die Strophen, die immer herangezogen werden, wenn die Natur der letzten Liebe Goethe und das Wesen der letzten Geliebten gekennzeichnet werden soll, die Strophen, in denen sich die ruhige Milde des Alters seltsam mit der Glut der Leidenschaft paart:

> In unseres Busens Reine wogt ein Streben,
> Sich einem Höhern, Reinern, Unbekannten
> Aus Dankbarkeit freiwillig hinzugeben,
> Enträtselnd sich den ewig Ungenannten;
> Wir heißen's: fromm sein! — Solcher seligen Höhe
> Fühl ich mich teilhaft, wenn ich vor ihr stehe.
>
> Vor ihrem Blick, wie vor der Sonne Walten,
> Vor ihrem Atem, wie vor Frühlingslüften,
> Zerschmilzt, so längst sich eisig starr gehalten,
> Der Selbstsinn tief in winterlichen Grüften;
> Kein Eigennutz, kein Eigenwille dauert,
> Vor ihrem Kommen sind sie weggeschauert.

Noch ein Zeugnis von der leidenschaftlichen Liebe zu Ulrike besitzen wir. In Marienbad hatte Goethe oft in Gesellschaft der Familie Levetzow dem Klavierspiel zweier russischer Künstlerinnen gelauscht. Als diese im Oktober 1823 ihn in Weimar besuchten und wieder vor ihm spielten, kam ihm die Erinnerung so mächtig, daß er in Thränen ausbrach, und beim Abschied konnte der förmlich scheinbar so kalte Geheimrat die Künstlerinnen nur wortlos umarmen. Ulrike hat ihr Leben lang das Andenken an das kurze Zusammensein mit dem Dichter treu bewahrt. Ihre Mutter verheiratete sich im Jahre 1843 abermals, ihre Schwestern vermählten sich, sie blieb unvermählt. Sie hat Mutter und Schwestern um viele Jahre überlebt und ihr Andenken wird fortleben, so lange Goethesche Gedichte gelesen werden.

Göthes letzte Liebe. Auf ihrem Gute Triblitz bei Lobositz ist in der Nacht zum Montag Ulrike von Levetzow im 96. Lebensjahre gestorben. Ulrike Freifräulein v. Levetzow war am 4. Februar 1804 in Leipzig geboren. In den Jahren 1822 und 1823 besuchte sie mit ihrer Mutter Marienbad und Karlsbad, wo Goethe sie kennen lernte und eine innige Neigung zu ihr faßte, der wir seine Dichtung „Trilogie der Leidenschaft“ verdanken. —

Ein ungarischer Richter als Tanzlehrer am Berliner Hofe. Das Neue Pester Journal berichtet: Als der deutsche Kaiser Gast der Hauptstadt Budapest war, wurde im Ofner Festungspalais vor ihm der ungarische Rundtanz (körmagyar) aufgeführt. Kaiser Wilhelm II. hat seit dieser Zeit eine Vorliebe für diesen Tanz gefaßt und vor kurzem angeordnet, daß im kommenden Fasching auf den Unterhaltungen des Berliner Hofes der ungarische Tanz aufgeführt werden soll. Infolgedessen ersuchte der Direktor der Berliner Hofoper den Kaschauer Tanzmeister Karl Kinßky, ihm eine geeignete Persönlichkeit zu empfehlen, welche das Arrangement dieser Tänze übernehmen würde. Auf das Ansuchen Kinßkys erklärte sich der Miskolczer Tafelrichter Ludwig Pottak hierzu bereit. Der Genannte wird die Berliner distinguierten Kreise außer mit dem Rundtanz auch noch mit anderen ungarischen Tänzen bekannt machen. —

Neues von Serenissimus. Der Frankfurter Zeitung wird geschrieben: Ein hoher Herr hat kürzlich irgendwo in Deutschland einen denkwürdigen Ausspruch gethan, welcher verdient, der Allgemeinheit bekannt gegeben zu werden. Das Ganze klingt wie eine Geschichte von Serenissimus und soll auch, der Diskretion halber, als solche erzählt werden. Also: Serenissimus besucht eine seiner Residenz benachbarte aufblühende Stadt. Er fährt mit dem Bürgermeister durch eine Straße von schönen neuen Häusern. Gedankenvoll betrachtet er die Herrlichkeit eine Weile und wendet sich dann an den Stadtgewaltigen: „Aeh, aeh — schöne Straße! Häuser alle hier gebaut?“

Notizen. Ein Preisausschreiben für ein Volksbuch, daß die Gesundheitspflege in allgemein verständlicher Form behandelt, erläßt der „Deutsche Verein für Volkshygieine“ (Berlin). Als Preis stehen 10 000 Mark zur Verfügung. — Im Brüsseler vlämischen Theater wurde Gerhart Hauptmanns „Fuhrmann Henschel“ in vlämischer Uebersetzung mit großem Erfolge aufgeführt. — „Die Bluthochzeit“ von Albert Lindner, dem unglücklichen, im Jahre 1888 in Dalldorf gestorbenen deutschen Dramatiker, will Henry Irving in der nächsten Saison am Lyceum in London zur Aufführung bringen. — In Odessa ist ein städtisches Kunstmuseum eröffnet worden. Besonders reich ist die Abteilung für Kunst und Kunstgewerbe der Japaner. — Die älteste Dampfmaschine der Welt ist nach einem 120jährigen Betriebe außer Dienst gestellt worden. Es ist dies eine Balanciermaschine mit hölzernem Balancier, deren Cylinder einen Durchmesser von 52 engl. Zoll hat. Diese Maschine ist Eigentum der Kanalschiffahrt-Gesellschaft zu Birmingham und wurde im Jahre 1777 in der Maschinenfabrik in Soho bei Birmingham erbaut, die James Watt begründet hatte. —

Heiteres.

Doppelsinnig. Redner (eben seine Rede beendet): Habe ich nicht ein weit vernehmbares Organ? — O ja, — aber doch ist mir Ihre Rede unverständlich geblieben. —

Im Gerichtssaal. Richter: Das ist heute nun schon das fünfte Mal, daß Sie wegen Bettelns vor Gericht stehen. Bettler: Nee, Herr Richter, heute ist es erst das erste Mal. —

Er: Ich kann nicht begreifen, wie Sie das Haar einer andern Frau tragen können! Sie: Nun — Sie tragen ja in Ihren Anzügen auch die Wolle eines andern Schafes! —

Der Streik in der Nürnberger **Pinselfabrik** von Rosenfeld dauert noch immer fort. 90 Personen des ausständigen Personals sind nunmehr in Konkurrenzbetrieben beschäftigt. —

Der Streik in der **Möbelfabrik** Mantz und Gerstenberger in Frankfurt a. O. dauert fort. Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Die wenigen, von auswärts erschienenen sind, nachdem sie über die Sachlage aufgeklärt waren, wieder abgereist. —

Schutz den Arbeitswilligen. Der Maler R. aus Giebichenstein war vom Schöffengericht in Halle von der Anklage, gegen den § 153 gesündigt zu haben, freigesprochen worden. Er sollte an einem Neubau am Harz einem arbeitswilligen Maurer beleidigende Worte zugerufen haben. Wegen Beleidigung war aber kein Strafantrag gestellt, so daß das Gericht zu einem Freispruch gelangt. In der Berufsinstanz wurde R. jedoch zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In den ausgestoßenen Worten wurde eine Drohung und Ehrverletzung des Arbeitswilligen gefunden. —

Der **christliche Bergarbeiter-Verein** für Oberschlesien richtete an die königliche Centralverwaltung in Zaborze eine Eingabe um Erhöhung der Löhne für die fiskalischen Bergarbeiter. Der Vorsitzende der Centralverwaltung hat sofort geantwortet, er müsse aufs bestimmteste alle Verhandlungen, mündlich wie schriftlich, über die Löhne der bergfiskalischen Arbeiter ablehnen. Jede weitere Frage werde unbeantwortet bleiben. Das ist gewiß sehr schneidig; ob es klug ist, das ist eine andere Frage. Uns kann es aber recht sein, wenn die „christlichen" Arbeiter auf diese Weise darüber aufgeklärt werden, daß sie durch Bitten nichts erreichen werden, daß sie jede, auch die geringste Verbesserung ihrer elenden Lage erkämpfen müssen. —

Achtung, Elektro-Monteure! Am 1. August d. J. trat der auf einer Delegierten-Zusammenkunft in Hamburg beschlossene Centralverband der Elektromonteure und Berufsgenossen Deutschlands, mit dem Sitz in Hamburg, in Kraft. Ein wie reges Interesse letzteren von den Kollegen entgegengebracht wird, beweist, daß schon 9 Sektionen in den größten Städten denselben angehören. Die Erkenntnis, daß etwas gethan werden muß, um die schreienden Mißstände in unserem so neuen und doch so schlecht bezahlten Fache zu beseitigen, bricht sich immer mehr Bahn. Nur hat es bis jetzt an dem nötigsten Anstoß gefehlt. Dieser ist nun gegeben, indem wir eine Organisation gründeten, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, um für ihre Mitglieder günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach § 152 der Gewerbeordnung erstrebt, und daß dies nur durch eine gute Organisation erreicht werden kann, ist wohl jedem denkenden Kollegen klar geworden. Deshalb Kollegen schließt Euch dem Central-Verband der Elektromonteure und Berufsgenossen Deutschlands an, der Eure Interessen vertritt. Organisiert Euch. Setzt die Ueberhebung und die Gleichgültigkeit, die leider bei uns noch so viel angetroffen wird, beiseite und beweist durch Euren Beitritt zu Eurer Organisation, daß Ihr gekommen seid, dem bisherigen Schlendrian ein Ende zu machen. Alle Zuschriften sind zu richten an den Sekretär des Centralverbandes der Elektromonteure und Berufsgenossen Deutschlands, Georg Grebenstein, Hamburg, Herrlichkeit 58.

Der Central-Vorstand.
J. A.: Georg Grebenstein.

Als **Assistentin für die Fabrikinspektion** soll in Württemberg, wie die „Schwäbische Tagwacht" aus zuverlässiger Quelle erfährt, die Frau eines Fabrikdirektors angestellt werden. Ob damit den Wünschen der Arbeiterinnen gedient wäre, muß vor allen Dingen vom Unternehmertum unabhängig sein; daß dies die Frau eines Fabrikdirektors nicht ist, der noch dazu, wie die Schwäbische Tagwacht vermutet, bei einem Scharfmacher erster Güte in Stellung ist, liegt auf der Hand. Sollte sich die Nachricht der schwäbischen Tagwacht bestätigen, denn würde die neue Einrichtung von vornherein diskreditiert. —

Ausland.

Die Tarifverhandlungen zwischen den österreichischen Prinzipal- und Gehilfen-Vereinigungen im **Buchdruckgewerbe** sind durch Vermittelung des deutschen Tarifamts wieder angeknüpft worden. Die Vorverhandlungen sollen vom 15. bis 19. November, eine allgemeine Delegiertenkonferenz soll am 26. November stattfinden. —

Der große **Buchbinderkonflikt** in Stockholm ist durch Vereinbarung der beiden Organisationen zum Abschluß gelangt. Die Vereinbarung bedeutet den absoluten Sieg der Arbeiter, weil sie die Annahme ihres ersten Vermittelungsvorschlages ist. Dieser Erfolg war deshalb ein natürlicher, weil die Forderungen der Gesellen durchaus billig und gerecht waren, aber er hat die Buchbindergesellen ein gut Stück vorwärts gebracht, und auch ideelle Vorteile haben sie errungen, da die Arbeitgeber ausdrücklich das Organisationsrecht der Gesellen anerkannt haben, obwohl sie anfangs mit ihrer Organisation gar nicht verhandeln wollten. Der Buchbindergesellen-Verband hatte noch „liberale" Tendenzen und gehörte nicht der großen Arbeiterorganisation an. Mit 700 Mitgliedern, darunter die Hälfte Frauen, war der Kampf ein großes Wagnis. Aber die organisierten Arbeiter haben ihnen doch geholfen. Sie werden daher wohl gesehen haben, wie wichtig es ist, der Gemein-Organisation anzugehören. —

In Barcelona sind die **Hafenarbeiter** in den Ausstand getreten. —

Streik am Simplon. Aus Zürich wird dem Vorwärts geschrieben: „Nachdem vorige Woche 500 Erd- und Bauarbeiter beim Simplon-Tunnel wegen Lohndifferenzen die Arbeit einstellten, ist es infolge der schroffen ablehnenden Haltung der Unternehmer zum Generalstreik gekommen. Die Forderungen lauten: 1. Abschaffung der Accordarbeit. 2. Lohnerhöhung um 50 Centimes für den Tag gegenüber den in den vergangenen Monaten gezahlten Löhnen und zwar für alle Arbeiter. 3. Verminderung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden für alle im Förderstollen arbeitenden. 4. Reduktion des Arbeitstages von acht auf vier Stunden für die im Wasser arbeitenden Leute. 5. Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden für alle außerhalb des Tunnels beschäftigten. 6. Beseitigung der im Tunnelinnern errichteten Sprengstofflager. — Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 2000. Der italienische sozialistische Kammerdeputierte Morgari, der Genfer Arbeitersekretär Sigg und der Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Calame, sind bei den Streikenden. Bürgerlichen Blättermeldungen zufolge ist die Zahl der Streikenden auf 2000 gestiegen; in dieser Zahl sind die Streikenden der Nebenunternehmungen mit einbegriffen. In den letzten Tagen soll es zu erheblichen Ausschreitungen gekommen sein; die Streikorte sind von Truppen besetzt worden. —

Soziales aus dem dänischen Parlamente.

Vier Themata, die soziale Fragen betrafen, standen vor kurzem im dänischen Parlament zur Verhandlung. Es waren dies: Die Speisung der Schulkinder, die Reform der Altersversicherung, der Maximalarbeitstag und Staatshilfe bei Arbeitslosigkeit. Der Präsident hatte sämtliche Fragen auf einmal zur Beratung gestellt und glaubte in einer Sitzung schnell die Sache zu erledigen. Diese Absicht wurde jedoch von unsern Parteifreunden vereitelt, die die Gelegenheit nicht vorübergehen ließen, in ausführlicher Weise die Begründung zu führen. Zu der ersten Frage, die Speisung der Schulkinder betreffend, lagen Anträge vor, einer von unserer Partei, der den Gemeinden die Pflicht auferlegt und ihnen durch Staatszuschuß es möglich macht, alle bedürftigen Kinder zu speisen; der zweite Antrag ging von der liberalen Linken aus, die einsieht, daß sie diese Frage nicht völlig außer acht lassen darf, denn die Statistik hat bewiesen, daß bei 52 000 Schulkindern ein Bedürfnis nach Speisung vorliegt; aber sie suchte die Sache durch ihren Antrag in so bescheidenen Grenzen zu halten, daß fast nichts herausgekommen wäre. Uebrigens haben die Gemeinden ja schon ohne gesetzliche Vorschrift nahezu mehr gethan, als die Liberalen wollen. Kopenhagen hat bereits 10 000 Kronen für diese Zwecke bewilligt und Fredriksberg Schulküchen errichtet. Die Linke wollte nun, daß die Gemeinden das Recht erhalten, ohne Zustimmung des Amtsrats die Beköstigung der Kinder einzuführen. Unsere Parteigenossen Jensen und Christensen vertraten unsern Parteiantrag. Jensen wies aus der Statistik nach, daß in Kopenhagen 7911 Kinder wären, die nicht jeden Tag warmes Essen bekämen, während 2699 nur dürftig versorgt sind. Nach ihrem Antrag könnten bis 8892 Kinder an der Speisung teilnehmen. Außerhalb Kopenhagens seien die Verhältnisse nicht so schlimm. Von 88 000 Kindern bekommen nur 4000 jeden zweiten Tag warmes Essen. In den Dörfern ist die Zahl sicher verschwindend, so daß durchaus nicht in jeder Landschule Kinderspeisung eingeführt zu werden brauchte. Ueber 18 000 Kinder bekommen nur jeden 2. Tag warmes Essen und 4000 niemals. Christensen legte dar, daß die Sache nur dann Erfolg verspreche, wenn sie den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird, da sonst die Gemeinden alles beim alten lassen werden. Der Minister des Innern stellte sich dem Antrag sympathisch gegenüber; er machte aber eine viel zu hohe Berechnung auf, um nachzuweisen, daß der Antrag zu weit gehe. Auch die anderen Parteien sprachen für den Antrag der Linken. Beide Anträge kommen demnächst zur zweiten Lesung. Als zweiter Punkt stand die Altersversicherung zur Beratung, ein Antrag unserer Partei. In 1½ stündigen Vortrag bewies unser Parteigenosse Knudsen, daß die durch ihn verlangte Reform jährlich 4—5 Millionen Kronen mehr erfordern würde. Außerdem werden klare Regeln für die Unterstützungs-Berechtigung, sowie Garantien für gute Behandlung und Pflege in den Altersheimen, Erhöhung des Staatszuschusses 2c. verlangt. Der Vertreter der Linken sprach sich im ganzen günstig für die Reform aus. Das jetzige Gesetz würde sehr inhuman ausgeführt. Das Minimum der Unterstützung, welches der sozialdemokratische Antrag haben will, sei empfehlenswert. Wenn nur ein Teil des Antrags durchgeführt wird, sei es schon erfreulich. Auch Anton Jensen von der Linken erklärte das jetzige Gesetz für unhaltbar und will dem Antrage zustimmen.

Im weiteren Verlauf der Debatte kam zuerst ein Vertreter der Rechten zum Wort, Soavenius und später Ellinger. Der erstere meinte, der Antrag wäre recht schön, wenn nur in der Staatskasse das nötige Geld vorhanden wäre und wenn er der Bevölkerung so viel Gutes brächte, wie behauptet wird. Das Verlangen sei nicht zu erfüllen, wenn man nicht neue Steuern einführen will. Und da wäre nur die Branntweinsteuer, die aber so wie so durchgeführt werden müsse, aber nicht genug einbringt, sodann die progressive Einkommensteuer, die der Landtag nie annehmen wird. Nutzen wird der Antrag auch nicht stiften, sondern die Leute vom Sparen abhalten, da sie ihre alten Tage für gesichert halten werden. Ein Gesetz, dem er zustimmen könne, dürfe nur die Invaliden umfassen, aber nicht alle alten Leute, die noch arbeiten können.

Ellinger, der später sprach, erklärte, das bisherige Gesetz habe viel genützt. Er wäre allenfalls für einen Prämienzuschuß des Staates bei einer freiwilligen Versicherungskasse. Der Minister des Innern, Bramsen, hat auch finanzielle Bedenken und glaubt nicht, daß jetzt schon eine Aenderung angebracht sei, jedenfalls keine so weitgehende. Der Antrag sollte einem Ausschuß überwiesen werden, der vielleicht etwas Brauchbares zu stande bringen könnte. Auch er meint, daß solche Gesetze den Drang zur Selbsthilfe vernichten, das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern beeinträchtigen. Bald würden alle alten Leute die Unterstützung verlangen.

Aus der Partei der Moderaten sprach man sich auch gegen den Antrag aus; wenigstens sei vorläufig jede Reform überflüssig. Es wäre sinnlos, einem Manne 75 Kronen zu geben, wenn er nur um etwas Brot oder Holz bittet.

Zum Schluß sprach unser Genosse Borljänz. Er freut sich, daß auch der Minister eine Reformbedürftigkeit anerkenne. Die ganze Linke stände auf ihrer Seite. Und er wies nach, daß durch das Gesetz die Landgemeinden nahezu so viel an Armenhilfe sparen, als ihr Beitrag ausmacht. Er hofft, daß der Folkething den Antrag annehmen wird. Widersetzt sich der Landesthing, dann würde eine Volksbewegung entstehen, die gegen diese reaktionäre Körperschaft Front machen würde.

Beim Folkething ist außerdem ein Antrag auf Aenderung der Arbeitszeit in Bäckereien durch unseren Parteigenossen J. Jensen eingereicht, ein Antrag, der im Vorjahre vom Folkething angenommen wurde, aber im Landesthing nicht mehr zur Beratung kam. Die Partei hofft diesmal auf Annahme. —

Parlamentarische Nachrichten.

Dem **Reichstage** ist die Uebersicht der Ergebnisse des **Heeres-Ergänzungsgeschäfts** für das Jahr 1898 zugegangen. In den alphabetischen und Restantenlisten wurden geführt 1 678 222 Mann. Davon sind ausgehoben 221 674, überzählig geblieben 5987, freiwillig eingetreten in das Heer 21 940, in die Marine 1369. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden verurteilt **von der Landbevölkerung 29 750 Mann**, von der seemännischen und halbseemännischen Bevölkerung 258, noch in Untersuchung befinden sich von der Landbevölkerung **14 039**, von der seemännischen und halbseemännischen Bevölkerung 221 Mann. Ausgeschlossen wurden vom Heeresdienst 1212 Mann. Hm! Die gutgesinnten Organe pflegen doch immer zu behaupten, daß die Liebe zum Heeresdienst in der Landbevölkerung unausrottbar sei. Woher denn da die 29 750 Ausreißer? —

Aus dem Reichsversicherungsamt.

Das Reichsversicherungsamt legt endlich die Hand an einen Krebsschaden im Betriebe der Berufsgenossenschaften. Bestimmungsgemäß sollen die Verletzten nach Ablauf von 13 Wochen — bis zu diesem Termin treten bekanntlich die Krankenkassen für sie ein — in den Genuß der ihnen zuerkannten Renten gelangen. Man kann sich ausmalen, wie sehnsüchtig der in seinem Berufe invalide Gewordene mit seiner Familie der Rente entgegenharrt, die ihm die Möglichkeit zu existieren bietet, ohne die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch nehmen zu müssen. Aber der Arme wartet auf das ihm rechtmäßig Zustehende wochen-, ja monatelang, weil — nun, weil die Geschäftsführer in den Sektionen und Berufsgenossenschften nicht eher mit der Erledigung der Angelegenheit zu stande gekommen sind. Und woran liegt das zumeist? Die Geschäftsführer einzelner Sektionen und verschiedener Berufsgenossenschaften widmen meist ihre Thätigkeit nicht vollständig ihrem Berufe, der doch einen ganzen Mann verlangt, sondern sie betreiben als lohnende Nebenbeschäftigung eine Versicherungsagentur, die ihnen um so lieber abgetreten wird, als sie die Listen aller bei ihnen Versicherungspflichtigen besitzen und mit diesen Personen leicht in Verhandlungen treten können. Das Reichsversicherungsamt hat jetzt, wie die Berliner Volkszeitung mitteilt, ein Rundschreiben — unter I 29996, datiert vom 4. November — an die Berufsgenossenschaften erlassen, das folgenden Wortlaut hat:

In einer dem Reichsversicherungsamt vorliegenden Broschüre „Die Ausbeutung der Arbeitgeber durch die Haftpflichtversicherungsgesellschaften" von Armin Hartenfels (H. Krügers Verlag, Magdeburg) sind auf Seite 47/48 und Seite 50 die in der Anlage auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen enthalten, die sich auf die Geschäftsführung beziehen.

Der Vorstand wird mit Bezug hierauf ergebenst ersucht, gefl. hierher mitzuteilen, ob für die dortige Berufsgenossenschaft als einzelne Sektionen derselben bisher irgend welche Rundschreiben über die Zweckmäßigkeit der Versicherung der Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsmitglieder gegen Haftpflicht erlassen worden sind. Gegebenenfalls wolle weiterhin beachtet werden, welche Erwägungen für den Genossenschaftsvorstand oder die in Betracht kommenden Sektionsvorstände hierbei maßgebend waren und welches Verfahren bei Erlaß der Rundschreiben beobachtet worden ist, insbesondere ob etwa gelegentlich der von den Genossenschafts- pp. Mitgliedern für die Haftpflichtversicherung zu errichtenden Prämien Vereinbarungen mit einzelnen Versicherungs-Gesellschaften getroffen worden sind, sowie ob und in welcher Höhe etwa Provisionen an den Geschäftsführer oder andere Beamte der Berufsgenossenschaft oder der Sektionen seitens einzelner Versicherungs-Gesellschaften gezahlt worden sind.

Wir sind überzeugt, bemerkt die Volkszeitung hierzu, daß das Reichsversicherungsamt so reichliches Material auf dieses Rundschreiben hin erhalten wird, daß es gegen das Uebel dieser Art von Nebenbeschäftigung einzuschreiten in der Lage ist. Zu wünschen wäre, daß es im Anschluß hieran eine Enquete darüber aufstellt, wie lange die Verletzten im Durchschnitt warten müssen, bis sie in den Genuß der ihnen zustehenden Renten treten. Daraus würde erst klar hervorgehen, welche Schäden diese Nebenbeschäftigung der Berufsgenossenschafts- und Sektionsgeschäftsführer anrichtet. —

Vermischte Nachrichten.

Ein Reichstagskandidat, der etwas auf sich hält, ist Herr Diriong in Schlettstadt, seines Zeichens ein „Liberaler". In seinem Wahlaufruf redet er die Wähler folgendermaßen an: „An meine Wähler! Der wichtige Tag naht heran, wo ich Euere Interessen im Reichstage mit bekanntem Ehrgefühl und Offenherzigkeit zu vertreten gedenke. Deshalb nehmt meine Worte in Schutz; denn dieselben kommen von einem Ehrenmanne, welcher bei den meisten Wählern unseres Kreises persönlich bekannt ist. Als armer Junge in Barr erzogen, habe ich es soweit gebracht, daß ich heute als wichtiger Lederfabrikant und Reichstagskandidat auftrete. Ein Beweis der Ehrlich-, Fähig- und Thätigkeit! Ich bitte Euch, werte Wähler, lasset Euch nur diesmal keinen Sand in die Augen streuen und wählet den praktischen Mann, welcher alles, vom kleinsten bis zum größten aus eigener Erfahrung kennt." Entsprechend kräftig ist auch der Schluß: „Nun, liebe Wähler, wer Ehrgefühl besitzt, stimme nur für den liberalen Kandidaten Karl Diriong, Lederfabrikant und Gemeinderatsmitglied." Herr Diriong erinnert auch daran, daß er 1898 während einer Geschäftskrisis einen Monat und vier Tage lang seinen Arbeitern 2 Mark pro Tag auszahlte, obschon er sie nicht beschäftigen

konnte. Das heißt nicht mit Arbeit; Herr Diriong beschäftigte seine Arbeiter damals durch Vorträge, die er ihnen hielt und durch allerlei andere Belustigungen. Er scheint also trotz seinem kuriosen Aufrufe ein guter Kerl zu sein. —

Zwei Träger bekannter Adelsnamen haben sich in einer Prosceniumsloge des Wiesbadener Residenztheaters während der letzten Sonntag-Nachmittags-Vorstellung ungebührlich betragen. Nicht allein, daß ihre „Heiterkeit" die übrigen Theaterbesucher störte, sie begannen auch unter Mißachtung der Hausordnung in dem feuergefährlichen Raume zu rauchen und in bedenklicher Weise mit Streichhölzern zu operieren. Die polizeiliche Namensfeststellung ergab als Missethäter einen Herrn v. Bennigsen und den im „Harmlosen"-Prozeß unlängst vielgenannten Herrn v. Recum. Beide wurden aus dem Theater gewiesen und werden sich demnächst wegen Gefährdung eines öffentlichen Etablissements 2c. zu verantworten haben. —

Von einer Entführung fin de siècle wird aus Wien berichtet: Ein hübsches Mädchen von 26 Jahren befindet sich in gerichtlicher Untersuchung wegen — Entführung eines jungen Mannes von 22 Jahren. Der Held dieser romantischen Affaire ist der Sohn eines höheren Staatsbeamten Ludwig B., der bis vor kurzem noch Zögling des fürsterzbischöflichen Alumnates und zum Geistlichen bestimmt war. Durch einen jener Zufälle, welche Menschenschicksale beeinflussen, hatte der junge Alumne in einer befreundeten Familie die Klavierlehrerin Frl. M. v. Sch., Tochter eines höheren Verkehrsbeamten, kennen gelernt, und von dieser Stunde ab änderte er seine Lebenspläne. Er gestand dem Direktor des Alumnats seine Liebe zu dem Mädchen, und dieser ließ dem Zögling ein Zeugnis ausstellen, daß er das Alumnat freiwillig, in Ehren und nur deshalb verlasse, weil er zu dem priesterlichen Beruf keine Neigung fühle. Mit diesem Zeugnis trat der Sohn vor seine Eltern, welche überrascht von dem Wandel der Dinge, den Entschluß des Sohnes, einen anderen Beruf zu ergreifen, nicht billigen konnten. Kurz darauf verließ der junge B. das elterliche Haus. Der Vater suchte den Sohn, der die Beziehung zu dem Mädchen fortsetzte, wieder der väterlichen Gewalt zu unterstellen, es wurde auch versucht, auf Fräulein v. Sch. einzuwirken. Allein weder die Mahnungen der Eltern, noch gerichtliche Entscheidungen, noch polizeiliche Intervention fruchteten. Und so schritt der Vater zu dem letzten Mittel: Er erstattete gegen Marie v. Sch. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Entführung seines minderjährigen Sohnes, mit dem Hinweise, daß die von ihr herbeigeführte Entfremdung zwischen Vater und Sohn den Thatbestand einer Entführung darstelle. Daraufhin wurde Marie v. Sch. in Untersuchungshaft genommen. —

Der für Montag angesagte Weltuntergang hat in Belgien (vielleicht auch anderswo?) mehrere Opfer gefordert. Die Furcht vor dem großen Kladderadatsch hat die Damenwelt so aufgeregt, daß einige Vertreterinnen des schönen Geschlechts, besonders aus höhern Semestern, in Irrenhäuser gebracht werden mußten. Solche Fälle werden aus Brüssel, Verviers und Charleroi gemeldet. Auch in Tunis sahen die Leutchen nicht mit Gemütsruhe ihrem Ende entgegen. Die Depeche tunisienne meldet, daß in **Tripolis** wegen der Ankündigung des Weltunterganges durch den Zusammenstoß der Erde mit dem Biela'schen Kometen am 13. d. Mts. eine unbeschreibliche Panik herrscht. Die Juden schicken ihre Frauen in die Synagogen, um zu beten und Totenlichter anzuzünden; zahlreiche Arbeiter feiern und wollen sich absolut nicht dazu verstehen, weiter zu schaffen, da das ja keinen Zweck mehr habe. Die Muhamedaner veranstalten Prozessionen, denen die Marabuts mit den Standarten der Moscheen vorausmarschieren; dabei schießen sie Flinten ab und treiben allerlei Unfug. Die Schuldner weigern sich, ihre Gläubiger zu bezahlen, so daß der Handelsverkehr fast ganz stockt. Am Montag hatte ein Araber einen Juden wegen einer ihm geschuldeten Summe vor den Friedensrichter der Eingeborenen geladen; der Jude erkannte die Schuld zwar an, verlangte aber für die Begleichung derselben eine vierzehntägige Frist, die der Araber absolut nicht gewähren wollte unter dem Vorwande, daß das Ende der Welt vor dem Termine eintreten werde; dem Richter blieb nichts übrig, als den widerspenstigen Schuldner einsperren zu lassen, bis das verhängnisvolle Datum verstrichen ist. —

Das Rätsel von Polna.

An demselben Tage, an dem der verrückte Mechaniker Schneider im Abgeordnetenhause seine Hetzrede gegen die Juden hielt, ist die Broschüre des Professors Masaryk erschienen, worin der bekannte Gelehrte mit zwingenden Gründen die Notwendigkeit der Revision des Unkulturprozesses von Polna beweist. Masaryks Broschüre, die vom Prager Staatsanwalt konfisziert wurde, durch eine Interpellation des Abg. Kronawetter aber nun auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht worden ist, enthält absolut keine „Enthüllungen"; im Gegenteil, es ist darin nicht ein einziges Faktum angeführt. Sie ist lediglich eine scharfsinnige Kritik der Ergebnisse des Beweisverfahrens des Prozesses selbst; als solche aber von vernichtender Wirkung. Professor Masaryk kommt auf Grund einer Analyse des Prozeßmaterials zu dem verblüffenden Schluß, daß der Mord **nicht** an dem angenommenen Orte, wo der Leichnam gefunden worden war: in dem Walde Brezina, **sondern am wahrscheinlichsten in einer Wohnung verübt wurde, in den Wald aber erst der Leichnam überführt worden ist.** Folgendes sind die Gründe für diesen Aufsehen erregenden Schluß: Erstens die Lage, in der das ermordete Mädchen aufgefunden war. Wie aus dem Verhör der Sachverständigen in dem Prozesse gegen Hilsner hervorgeht, wurde die Tote so aufgefunden, daß beide Füße des auf dem Bauche mit dem Gesicht zur Erde liegenden Leichnams „neben einander liegend, in den Knien im scharfen Winkel umgebogen" waren. Da die Erstarrung eines Leichnams nicht sofort eintritt, sondern es mehrere Stunden dauert, bevor der Körper erstarrt, so ist durch die Lage der Leiche mit großer Sicherheit bewiesen, daß **mit dem Leichnam mehrere Stunden nach der Ermordung noch manipuliert worden ist,** wodurch die Füße in einem Winkel erstarrten. Die Leiche wurde, so folgert Masaryk, während der Starre in die Lage gebracht, in der sie aufgefunden wurde, und zwar mehrere Stunden nach dem Tode. Masaryk unterstützt diesen Schluß durch weitere an der Leiche wahrgenommene Thatsachen, die alle zu der Annahme drängen, daß **in den Wald die erstarrte Leiche gebracht worden** ist.

Dafür, daß der Mord in einem Zimmer verübt wurde, voraussichtlich als das Mädchen beim Entkleiden war, spricht vor allem der Umstand, daß das Jäckchen, mit dem bekleidet die Ermordete aufgefunden wurde und das nach der Anklage „an beiden Armen über die Ellenbogen hinaufgestreift" war, **zugeknöpft** war. Danach hätten ihr die Mörder das Jäckchen ausziehen, es dann zuknöpfen und auf die Arme streifen müssen! Ueberdies war das Hemd nicht zerrissen, sondern zerschnitten! Ebenso anfechtbar sind die Angaben über die Art, **wie** der Mord vollführt worden ist; Masaryk weist nach, daß der Ermordeten der Hals nicht durchschnitten ward, sondern daß sie erstochen wurde. Damit schon wäre einer der stärksten „Stützpunkte" für die verbrecherische Annahme eines Ritualmordes aus der Welt geschafft.

Professor Masaryk sagt nicht, wen er für den Mörder hält, aber zwischen den Zeilen kann man es lesen, daß der bei vielen rege gewordene Verdacht: der Bruder der Ermordeten wäre der Verüber jenes scheußlichen Verbrechens, auch bei ihm Fuß gefaßt hat. Es ist in Wien ein öffentliches Geheimnis, daß der Untersuchungsrichter in Kuttenberg die Nachforschungen auch auf diese Spur erstreckt hatte, daß aber der Staatsanwalt diese Untersuchung beharrlich durchkreuzt hat. In der Verhandlung vor den Geschworenen ist der Person des Bruders nur flüchtig gedacht worden. Obwohl es bekannt war, daß er der Schwester binnen kurzer Zeit ihr väterliches Erbteil auszuzahlen hatte und trotzdem es erwiesen war, daß er in der Zeit der Auffindung der Leiche von Polna abwesend war, wurde sein Alibi nur nebenbei erwähnt. Allerdings läge, wenn die Leiche in den Wald geschafft und der Anschein eines „Ritualmordes" künstlich erweckt worden wäre, ein so ausgemachter Schurkenstreich vor, daß sich das menschliche Bewußtsein gegen seine Annahme schaudernd sträubt.

Das Urteil gegen Leopold Hilsner, der von dem Kuttenberger Gericht des Mordes an der Anna Hruza schuldig erkannt und zum Tode verurteilt wurde, liegt dem Kassationshofe zur Revision vor. Die Zeiten, wo sich die österreichischen Gerichte nur vom Gesetze leiten ließen, sind längst dahin; jetzt spielt bei Auslegung und Anwendung der Gesetze die politische Opportunität keine kleine Rolle. Und daß es in Oesterreich nicht opportun ist, den Antisemiten unrecht zu geben, das zeigen viele Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens mit abschreckender Deutlichkeit. So ist also auch die Hoffnung gering, daß das Rätsel von Polna seine volle Aufklärung jemals finden werde. Es wird dem Aberglauben als unveräußerliche Legende einverleibt werden, denn das Schreckliche war der Phantasie der Ungebildeten allezeit das Glaubwürdigste. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine gutbesuchte **Tischlermeister-Versammlung,** welche zwecks **Erhöhung der Preise** für fertige Tischlerarbeiten einberufen war, tagte am Montag in Kortes Bierhalle. Die Debatte über diesen Punkt gestaltete sich zuweilen recht interessant. Einige Redner gingen mit verschiedenen Herren wegen ihrer Preisdrückerei streng ins Gericht; leider scheute man sich, die Namen der Betreffenden offen auszusprechen, es fielen nur dunkle Andeutungen. Herr Sch. erklärte offen, daß bei einem geforderten Stundenlohn von 45 Pfg., wie es oftmals vorkäme, die Behörden sowie andere Auftraggeber **offenbar betrogen** werden müßten, für diesen Preis sei es nicht möglich zu arbeiten. Herr M. und Herr R. förderten gute Ansichten zu Tage, die jedoch bei der Mehrzahl der Versammelten auf Widerstand stießen. Sie verlangten ein einheitliches Zusammengehen mit den Gesellen, welche ebenfalls unter diesen unsauberen Manipulationen zu leiden hätten. Herr R. ging sogar soweit, den Gesellen zu empfehlen, über die „Schundbuden" regelrecht die **Sperre zu verhängen,** damit diesen Herren das Handwerk gelegt würde. Herr B. machte sich über die Vorschläge der beiden Redner lustig, hielt ein Zusammengehen mit den Gesellen nach ihrem bisherigen Benehmen für absolut unmöglich und wünschte den idealen Antragstellern viel Glück dazu. Herr W. entrollt ein trauriges Bild über die Verhältnisse von „Tischlermeistern", welche für die Schundmagazine arbeiten und empfiehlt die Veröffentlichung der mit besonderem Raffinement vorgehenden Magazinbesitzer. Herr M. empfiehlt den betreffenden Herren Meistern, doch lieber ihre Selbständigkeit aufzugeben als unter solchen Verhältnissen zu vegetieren. Nach langem Hin und Wider über die Höhe des Preisaufschlags werden die Vorschläge des Herrn Fischer angenommen; darnach soll eine **Preiserhöhung von 15—20 Prozent** eintreten. Den hiesigen Zeitungen sowie den Behörden sollen diesbezügliche Anzeigen und Berichte eingesandt werden. Ein Antrag, auch der hiesigen Arbeiterpresse eine Bekanntmachung zugehen zu lassen, wurde mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt. In der Diskussion über letzteren Antrag ereiferte sich namentlich Herr B. über die Schreibweise der Volksstimme und riet entschieden von einem derartigen Unterfangen ab, welches die Innung schließlich in ein schlechtes Licht rücken könnte. Einige Herren glauben sich recht taktvoll zu benehmen, wenn sie die Begründung derartiger Anträge mit Hohnlachen erwidern. Traurig ist nur, daß von den vielen Tischlermeistern, welche mit unserer Sache sympathisieren, niemand in den Versammlungen erscheint. Im übrigen wurde zur Aufstellung eines einheitlichen Lohntarifes eine aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, worauf die Versammlung, welche auch für die Gesellen interessante Merkmale genug enthält, gegen 12 Uhr geschlossen. —

Am 12. November tagte im „Goldenen Stern" die Mitglieder-Versammlung des **Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Gr. Ottersleben.** In derselben hielt Genosse Bender einen Vortrag über: Atlanticus, ein Blick in die Zukunft. Redner erntete für seinen vortrefflichen Vortrag den ungeteilten Beifall der Versammlung. In der Diskussion meinte ein Kollege recht treffend: Zur Reichstagswahlzeit schimpfe man recht viel über die finsteren Winkel unseres Kreises, die Finsternis um uns bemerke man weniger. Er legt den Kollegen ferner ans Herz, es zu versuchen, die vermeintlich der Arbeitslosen-Unterstützung wegen abgesprungenen ehemaligen Mitglieder wieder zum Beitritt zu bewegen. Diese Versuche seien schon von Erfolg begleitet gewesen. Der vorgerückten Zeit halber wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung vertagt. Der Bezirksleiter teilte der Versammlung noch mit, daß Einladungskarten zu unserm am Sonnabend, den 18. November bei Ritter stattfindenden Ballvergnügen durch den Kolporteur bezogen werden können. Hoffen wir, daß sich die Kollegen, welche sich vor dem Besuch der Versammlungen zu fürchten scheinen, zum Vergnügen einfinden und so zeigen, daß ihnen der Verband noch nicht ganz gleichgültig ist. Nach Wahl eines Festkomitees folgte Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf zukünftig besseres Wachsen und Gedeihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. —

Am vergangenen Sonntag tagte in **Neuhaldensleben** im Herzogschen Lokale die Kreisversammlung des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Blume-Neuhaldensleben, den mangelhaften Besuch der Versammlung gerügt hatte, erhielt der Kreisvertrauensmann, Genosse G. Hochbaum, zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort. Er erstattete Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des verflossenen Jahres. Außer einem vorjährigen Ueberschuß von 45.32 Mark kamen aus Niederndodeleben 34.10 Mark, Dahlenwarsleben 1 Mark, Gr.-Ammensleben 2 Mark, Barleben 21 Mark, Althaldensleben 0.30 Mark, Wolmirstedt 10 Mark, Olvenstedt 416.98 Mark, zusammen 559.90 Mark Einnahme. Dieser stehen 308.12 Mark Ausgabe, die für Delegation, Agitation, Prozeßkosten usw. ausgegeben wurden, gegenüber, sodaß ein Ueberschuß von 251.78 Mark verbleibt. Das Verhalten der Revisoren, Genosse Fessel ausgeschlossen, tadelt Redner, weil dieselben ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind und revidiert haben. Auf Antrag werden die Genossen Fessel, Voß und Ludwig gewählt, um die Abrechnung des Vertrauensmanns zu prüfen. Die Abrechnung des Bezirksvertrauensmanns für Neuhaldensleben wurde darauf von der Versammlung angenommen. Den Bericht vom Parteitage erstattete Genosse Nitsch-Magdeburg, der als Delegierter den Kreis mit vertrat. Er gab zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die Parteitage und kam dann auf die Bedeutung des Parteitages in Hannover zu sprechen. Unsere Gegner, die von diesem Parteitage eine Spaltung in der Partei erhofften, haben sich auch diesmal wieder geirrt; einiger denn je steht die Sozialdemokratie ihren Gegnern gegenüber. Die Verhandlungen sind jedem durch die Presse bekannt geworden, ebenso auch, daß die Partei auf ihrem alten Standpunkt verharrt. Beim dritten Punkte der Tagesordnung erklärte der bisherige Kreisvertrauensmann, diesen Posten nicht wieder annehmen zu können, da er mit Arbeit so überhäuft sei, daß er eine glatte Erledigung der Parteigeschäfte nicht ausführen kann. Von den vorgeschlagenen Genossen wurde Genosse Tümme-Wolmirstedt mit 55 gegen 20 und 10 ungültigen Stimmen zum Kreisvertrauensmann gewählt. Als Stellvertreter desselben wurde Genosse Engel in Zielitz gewählt. Zu Revisoren wurden die Genossen Schmidt, Fessel und G. Hochbaum gewählt. Zum Bezirksvertrauensmann wurde für Neuhaldensleben Genosse Blume, für Olvenstedt G. Hochbaum und für Barleben Genosse Jenek gewählt. Unter Verschiedenes teilte Genosse Hochbaum mit, daß der bisherige Kandidat Genosse Räther-Berlin die Kandidatur nicht wieder annehmen wolle, er schlage infolgedessen Genossen Nitsch-Magdeburg als Reichstagskandidaten des Wahlkreises vor. Genosse Nitsch lehnt ab, ist aber bereit, bei einer event. Neuwahl vor Ablauf der Legislaturperiode für den Kreis zu kandidieren. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. —

Arbeiter-Radfahrerklub „Freiheit". Der Volksversammlung wegen findet das Saalfahren am Freitag im „Dreikaiserbund", Große Storchstraße, statt. —

Freitag, 17. November:

Männer-Turnverein „Frisch auf", Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund".

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark".

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß.)

Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde im „Weißen Roß" (Inh. Hildebrandt).

Niederndodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit". Jeder Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Gustav Hornemann.

Arbeiter-Turnverein Olvenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei A. Schinke.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts", Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Klein-Ottersleben. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit". Jeden Freitag abend 8½ Uhr Uebungsstunde bei Restaurateur Mylins.

Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Strumpf in Groß-Ottersleben.

Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Strumpf.

Freie Turner Benneckenbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Freie Athletenschaft Burg. Dienstags und Freitags Uebungsstunde von 8 bis 10 Uhr im „Hofjäger".

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger"

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	14. Nov.	+ 1.10	15. Nov.	+ 1.05	0.05	—
Trotha	„	+ 1.70	„	+ 1.72	—	0.02
Alsleben	„	+ 1.56	„	+ 1.56	—	—
Bernburg	„	+ 1.18	„	+ 1.14	0.04	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.52	„	+ 1.52	—	—
do. Unterpg	„	+ 0.60	„	+ 0.64	—	0.04
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	14. Nov.	+ 0.15	15. Nov.	+ 0.20	—	0.05
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	13. Nov.	+ 0.06	14. Nov.	+ 0.07	—	0.01
Laun	„	— 0.16	„	+ 0.01	—	0.17
Budweis	„	+ 0.17	„	+ 0.18	—	0.01
Prag	„	— 0.01	„	+ 0.03	—	0.04
Elbe.						
Pardubitz	13. Nov.	0.00	14. Nov.	— 0.04	0.04	—
Brandeis	„	— 0.08	„	— 0.06	—	0.02
Melnik	„	— 0.38	„	— 0.28	—	0.10
Leitmeritz	„	— 0.18	„	— 0.16	—	0.02
Außig	14. „	+ 0.08	15. „	+ 0.14	—	0.06
Dresden	„	— 1.27	„	— 1.23	—	0.04
Torgau	„	+ 0.55	„	+ 0.63	—	0.08
Wittenberg	„	—	„	+ 1.33	—	—
Roßlau	„	+ 0.68	„	+ 0.75	—	0.07
Barby	„	+ 1.02	„	+ 1.08	—	0.06
Schönebeck	„	—	„	+ 0.86	—	—
Magdeburg	15. „	+ 1.13	16. „	+ 1.19	—	0.06
Tangermünde	14. „	+ 1.50	15. „	+ 1.58	—	0.08
Wittenberge	„	+ 1.22	„	+ 1.23	—	0.01
Dömitz, Pegel	„	+ 0.66	„	+ 0.65	0.01	—
Lauenburg	„	+ 0.77	„	+ 0.77	—	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	13. Nov.	+ 2.19	14. Nov.	+ 2.18	0.01	—
do. Unterpegel	„	+ 1.21	„	+ 1.23	—	0.02
Oder.						
Kosel	13. Nov.	+ 0.91	14. Nov.	+ 0.87	0.04	—
Brieg Oberpegel	„	+ 4.48	„	+ 4.48	—	—
do. Unterpegel	„	+ 1.90	„	+ 1.92	—	0.02
Breslau Oberpg.	„	+ 4.86	„	+ 4.94	—	0.08
do. Unterpegel	„	— 0.82	„	— 0.85	0.03	—
Frankfurt	11. „	+ 1.12	13. „	+ 1.05	0.07	—
Küstrin	„	+ 0.60	„	+ 0.64	0.05	—
Warthe.						
Posen	13. Nov.	+ 0.36	14. Nov.	+ 0.38	—	0.02
Küstrin	11. „	+ 0.15	13. „	+ 0.16	—	0.01
Weichsel.						
Thorn	8. Nov.	— 0.78	9. Nov.	— 0.76	—	0.02